

Hitlers Finanzierung!



Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation,
und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!

(Amschel Mayer Rothschild)

gutezitate.com

Mayer Amschel Rothschild: "Gib mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir egal, wer die Gesetze macht." Quelle: <https://finanzkun.de/artikel/monetaere-ordnung/>

Vorwort

Es geht um eine der größten Täuschungsmanöver nach Waterloo für die englischen Banken durch die die Familie Rothschild und dessen erfolgreiche Übernahme der Finanzierungsgeschäfte für die englische Regierung.

Agent Adolf Hitler war der größte Vaterlandsverräter gegen die deutschen Stämme und die Völker der Erde.

Eine Heerschar von Agenten aus Politik, Wirtschaft und der Hochfinanz versucht die Finanzierung Hitlers zu deckeln, aber die Wahrheit ist nicht aufzuhalten!

Die heutige faschistische Eine-Welt-Diktatur: „New World Order“, „Neue Welt Ordnung“, „Globalisierung“ ist das Ergebnis der Taten von Adolf Hitler, seinen Helfershelfern und Hintermännern!

Hitler und das "Geldsystem" - Wie Henry Ford, Bechstein, Thyssen & Co. Hitler finanzierten

Hitlers Finanzierung durch die Wallstreet?

Quelle: POLITAIA.ORG (zensiert!)

„Es verwundert immer wieder, wie diese Tatsachen jahrzehntelang vertuscht bzw. halbherzig geleugnet werden konnten, wo diese doch eine weitere Generalrevision der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts unabweislich erforderlich machen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist im Besitz einschlägiger Dokumente, will diese aber angeblich im Archiv nicht auffinden können.

“Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten, auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen Zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.”

“Schon lange vor der Machtergreifung war die Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein. Von 8 1/3 Milliarden Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches ... entfielen 1928/29 nicht weniger als 65,5% zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen...”



Finanzierung des Nationalsozialismus

„... das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung. Warum Leute bilden lassen, die man doch wieder abschlachten läßt?“

“Die Wallstreet kauft Hitler. Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.”

“Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch “Deutschland So oder So?” die Lage in Europa im Jahr 1932: “Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt.” “Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag, fest steht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie ... selbst während des Ersten Weltkrieges mit Wissen der obersten deutschen Behörden auch die Feindstaaten beliefert hat (Thyssen ... gelegentlich halb so billig wie die eigene Heeresverwaltung), warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden? So “hausgemacht”, so ein Produkt bloß des deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.”

“Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. ... Es gab neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugeflossen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte. Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers

mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist. Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über ... ausländische Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazi Propaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA".

Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten. ... im Hotel Adlon waren beteiligt: Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb und Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen: Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L ... " Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn und Loeb, von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca D'Italia, Rom, die Bank Mendelson Co, Amsterdam, ua.a. in Hitlers Hand gelangten? Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Millionen Dollar hatte, und daß sie, wie die US Regierungen, den Frankreich begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte. ... Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes wie nach 1945 wieder.

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil Rockefeller jun. u. a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden". "Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, daß "er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in "sechs Monaten fertig". Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht. Kurz vor Hitler überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propagandaaufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb u. Co ... war sehr stattlich, doch nicht überdimensional ... Die Wallstreet Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neuerrichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2.12. 32 selbst Reichskanzler. Als sich Abegg dann im Frühjahr 1932 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen, der General, ein

intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat ... Hitler hatte ihn 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war. Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. ... wurden die Dokumente des Abegg Archivs nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als der Freimaurer Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, zur Sprache bringen wollte, wurde er ... zum Schweigen gebracht. "Als Schacht, meldete die Neue Züricher Zeitung vom 2.5.1946, wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien..."

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal Socialisme. Drie Gesprekken met Hitler door Sidney Warburg". Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation ... aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburg Familie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag. Gegen die baden württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler Wahlen von 1930 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war. Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. John Foster Dulles eine Milliarde Dollar für den "Führer". Schon im Oktober 1944 hatte US Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, denn es "waren Dulles Firma und die Schroeder Bank, die Hitler das Geld beschaffen, ... um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten."

Quelle: www.das-gibts-doch-nicht.de unter Verwendung von Karlheinz Deschner "Der Moloch", Heyne-Verlag

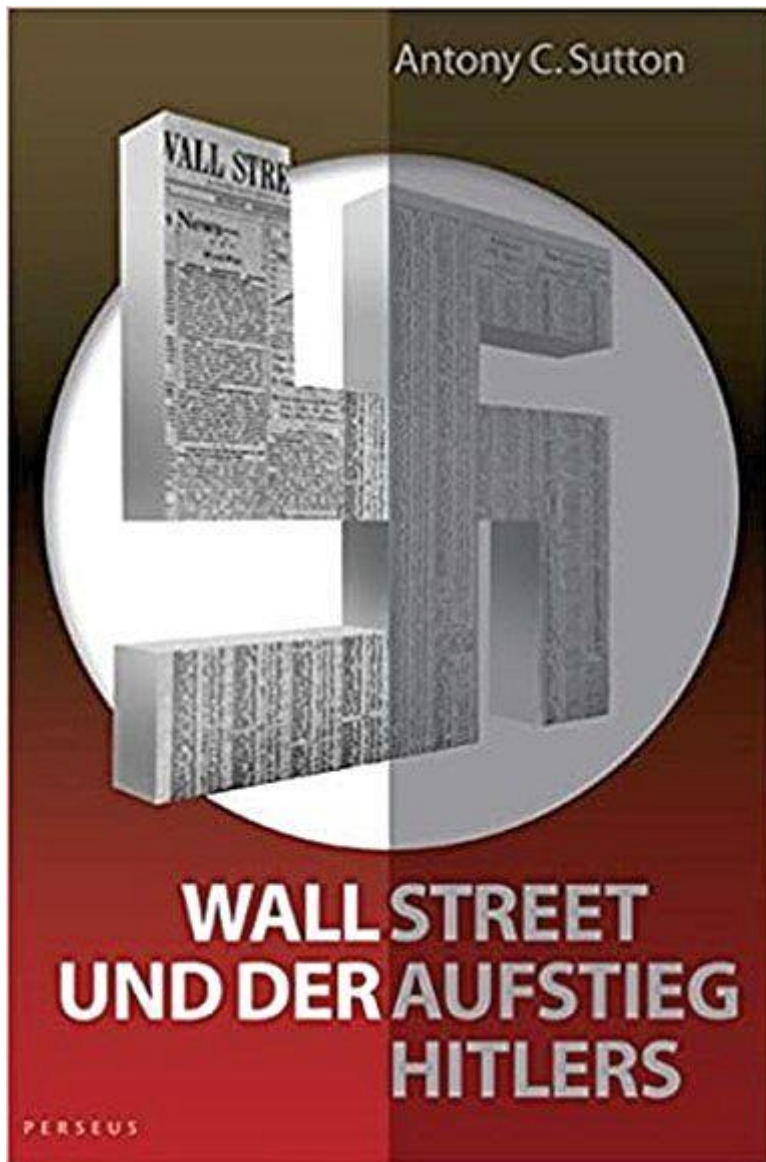
Erhältlich bei: <https://www.amazon.de/Moloch-Eine-kritische-Geschichte-USA/dp/3941960040>

WALL STREET UND DER AUFSTIEG HITLERS

Antony C. Sutton

Erhältlich bei: <https://www.amazon.de/Street-Aufstieg-Hitlers-Andreas-Bracher/dp/3907564693>

PDF-Download:  [WALL STREET UND DER AUFSTIEG HITLERS](#)



Europas Banken finanzierten Hitlers Krieg

Beitrag von Werner Rügemer [29.07.1994](#)

Warum ist die saubere Schweiz, im Herzen Europas gelegen, nicht Mitglied der Europäischen Union? Jeder Herzklappenschmiergeldempfänger braucht mal ein Nummernkonto im neutralen Ausland, jeder Großkonzern muß einem Diktator einmal etwas überweisen und umgekehrt. Die Schweiz als europäische Finanzdreh Scheibe braucht politische Exterritorialität, und Europas Wirtschaft braucht die Schweiz.

Das hat eine Vorgeschichte: Einen bisher wenig bekannten Teil davon hat der Schweizer Journalist Gian Trepp mit der Darstellung der Bank für Internationalen Zahlungsaus-' gleich

(BIZ) nun aufgehellt. 1929 wurde die BIZ durch eine Vereinbarung der US-amerikanischen, japanischen, deutschen, britischen, französischen, belgischen und italienischen Regierung gegründet. Sie wurde aus Vertretern der Zentralbanken gebildet und wickelte die Reparationszahlungen Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg an die Westmächte ab. Sitz wurde Basel. Die Schweizer Regierung beschloß, daß die BIZ von der Schweizer Gerichtsbarkeit verschont blieb; das Basler Stadtparlament befreite die BIZ von jeder Steuerzahlung. Im Gegensatz zum zerstrittenen Völkerbund in Genf prosperierte der konspirative Herrenclub der Zentralbankgouverneure in Basel.

Als mit der großen Wirtschaftskrise die Reparationszahlungen 1932 eingestellt wurden, hatte die BIZ ihre bisherige Aufgabe verloren, aber schon ihre nächste gefunden: Sie wurde zu einem Zentrum der Appeasement-Politik der Westmächte gegenüber Nazi-Deutschland. Deutschland und Italien traten aus dem Völkerbund aus, aber nicht aus der BIZ. Als Hitler 1939 die Tschechoslowakei überfiel, transferierte die BIZ die bei der Bank of England deponierten 23 Tonnen Gold der Tschechoslowakischen Nationalbank durch eine Umbuchung an die Reichsbank. Dazu mußte das Gold die Londoner Tresore nicht verlassen, aber die Reichsbank konnte darüber verfügen.

Bis 1939 war Wilhelm Beyen vom holländischen Unilever-Konzern im BIZ-Präsidium. Unilever als weltgrößter

Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans. Rotpunktverlag, Zürich 1993. 268 S., br.. 36 DM.

Seifen- und Margarinehersteller betrieb mehrere große Werke in Deutschland. 1939 wurde mit der Wahl des Wall-Street-Bankers Thomas MacKittrick zum Präsidenten das ökonomische Interesse der USA an der BIZ deutlich. Finanziell profitierten englische und französische Firmen am meisten von der BIZ. Über sie wurden die aus den deutschen Reparationen stammenden Investitionen in Deutschland (Reichsschatzanweisungen, Reichsbahn- und Reichspostobligatoren) abgewickelt, einschließlich der pünktlichen Zinsauszahlungen. Dresdner Bank, Commerzbank, Deutsche Bank unterhielten Beziehungen zur BIZ.

Das breite Netz von BIZ-Korrespondenzbanken an der Wall Street und die Bereitschaft zu „Zahlungen ohne Namensnennung“ ermöglichten Deutschland den reibungslosen Einkauf von Kriegsmaterial in den USA. Die BIZ ließ zwischen August 1939 und Mai 1940 nicht weniger als 36 Tonnen Gold nach New York verschiffen. Der größte Empfänger von Reichsbankgold via BIZ war 1941/42 der Banco de Portugal. Die beiden Diktaturen Portugal und Spanien importierten aus Südamerika Rüstungsgüter, Industriediamanten, Wolfram und Platin, die nach Zahlung beim Banco de Portugal in die Schweiz und weiter nach Deutschland und Italien reexportiert wurden. Die Eidgenössische Münzstätte der Schweizerischen Nationalbank goß geraubte ungarische Goldbarren aus BIZ-Depots um und versah sie mit Schweizer Prüfzeichen. Schweden ließ sich seine umfangreichen Erzlieferungen an das Dritte Reich mit Goldlieferungen in der Schweiz bezahlen. Aus den USA nutzten insbesondere IBM, General Electric, Ford und General Motors die BIZ für ihre Handelsbeziehungen mit Deutschland. Auch die Zentralbanken der besetzten Länder Frankreich, Niederlande und Belgien blieben im BIZ vertreten und lieferten ihre Goldschätze den Deutschen aus.

Hitler hütete sich, den für ihn gerade im Kriege unentbehrlich gewordenen Finanzplatz Schweiz zu besetzen. Die BIZ funktionierte nur im Zusammenhang der effizienten schweizerischen Finanzdienstleistungen. Die gab es sonst nirgends auf der Welt. Der

Schweizer Franken kannte als einzige weltweit akzeptierte Hartwährung trotz Krieg keine Devisenkontrollen, die Schweizerische Nationalbank kaufte der Reichsbank unbesehen und mit gutem Gewinn Gold gegen Franken ab.

Die Weltwährungskonferenz der Vereinten Nationen 1944 in Bretton Woods empfahl die raschestmögliche Liquidation der BIZ. In der US-Regierung, insbesondere beim Finanzminister Morgenthau, gab es Versuche, die Macht der Wall Street und ihres internationalen Systems zu brechen. Doch 1948 wurde die BIZ im Rahmen des Marshallplans zur Clearingstelle der Europäischen Zahlungsunion ausgebaut und blieb unentbehrlich.“

WERNER RÜGEMER

Quelle: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/498683.europas-banken-finanzierten-hitlers-krieg.html>

Hitlers Schuldendiktat: Wie Hitlers Kriegswirtschaft wirklich lief.

Auszug: „...Von Beginn an finanzierte sich das Regime mit drastischer Ausweitung der Staatsverschuldung. Schon in den beiden ersten Jahren nahm der adelige Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk zehn Milliarden Reichsmark (nach heutigem Wert rund 43 Milliarden Euro) Kredit auf. Bis Kriegsbeginn summierte sich die Neuverschuldung von Hitler-Deutschland auf etwa 40 Milliarden Reichsmark (RM). Weil seine Politik ständig im Vorgriff auf die Zukunft lebte, verbot Adolf Hitler bereits im ersten Jahr seiner Reichskanzlerschaft 1933, die Zahlen des nächsten Budgets bekannt zu geben. Dabei blieb es die zwölf Jahre bis zum Ende des Regimes.

Vater der produktiven Kreditschöpfung wurde der renommierte Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht. Er ließ über die Scheinfirma Metallurgische Forschungsgemeinschaft (Mefo), hinter der unter anderem Krupp und Siemens standen, die berüchtigten Mefo-Wechsel ausstellen. Die Reichsbank übernahm die Bürgschaft, als Schuldner schien das Reich aber nicht auf. So wurde zwischen 1934 und 1936 die Hälfte aller Wehrmachtsaufträge verdeckt finanziert...“

pdf-Download:  [Hitlers Schuldendiktat: Wie Hitlers Kriegswirtschaft wirklich lief.pdf](#)

Quelle: <https://www.profil.at/home/hitlers-schuldendiktat-wie-hitlers-kriegswirtschaft-273933>

Wer finanzierte Hitler?

Link zum Buch von Thyssen „I Paid Hitler“ - Ich bezahlte Hitler, pdf Datei ist auf der Seite verlinkt)

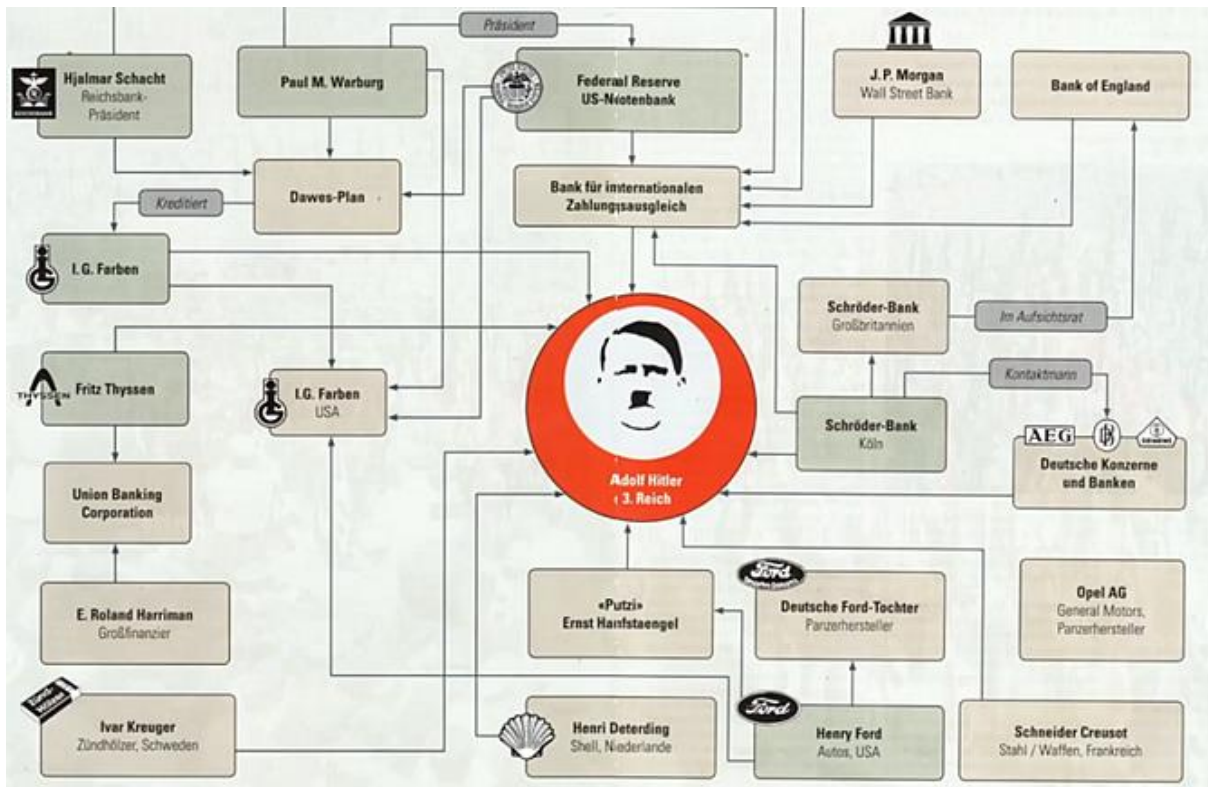
<https://archive.org/details/in.ernet.dli.2015.239690/page/n73/mode/2up>

Auszüge und Quellen:

 [I paid Hitler \(Ich bezahlte Hitler\)11.37 MB](#)

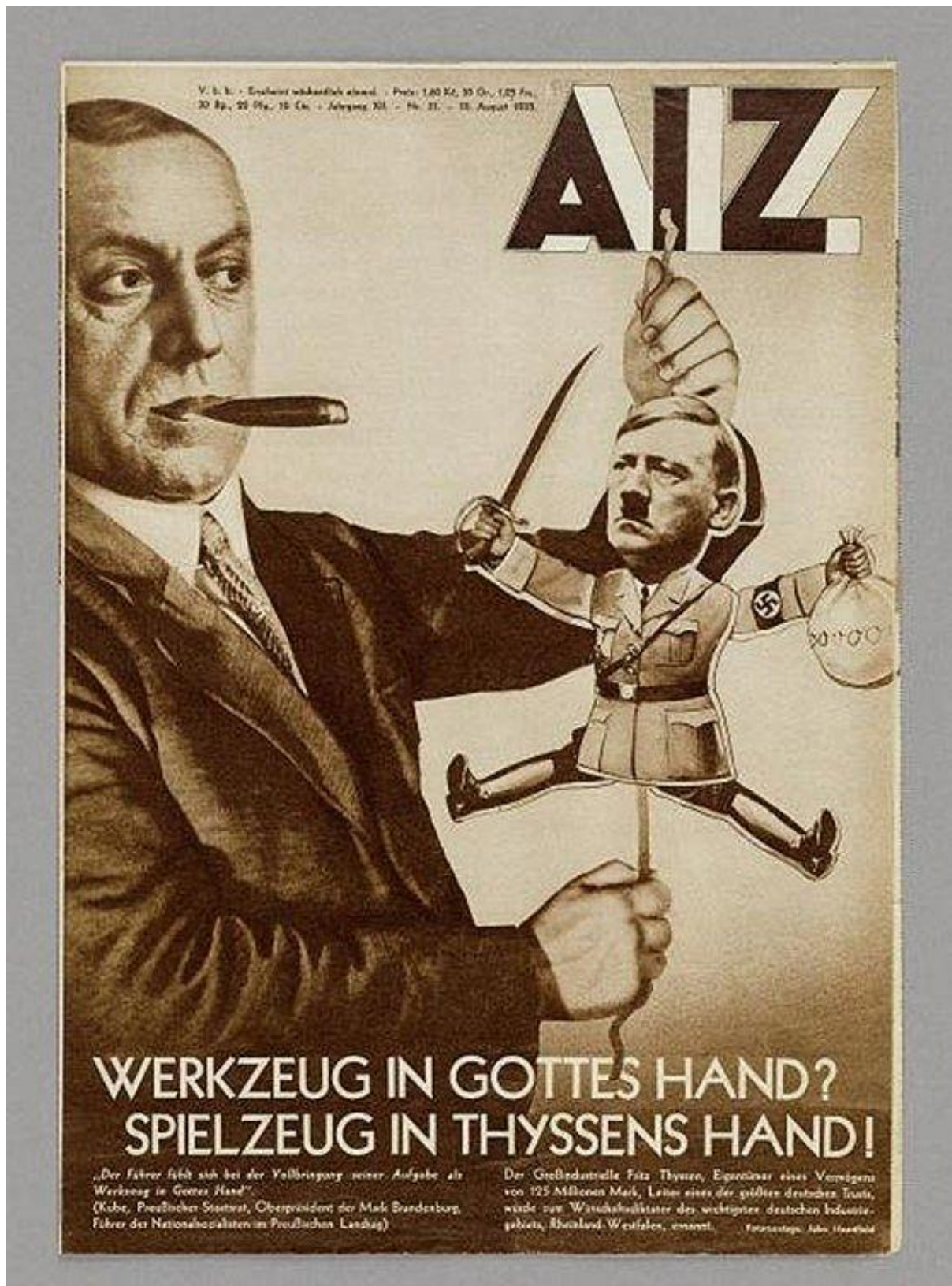


Beweisquelle: Compact Magazin - ISBN 978-3-948781-91-0
<https://www.kopp-verlag.de/a/compact-geschichte-nr.-11-wer-finanzierte-hitler->



Datum	amerikanische Bankiers und Industrielle	zugehörige amerikanische Firma	deutsche Partner		Kanal für die Übermittlung der Gelder
1923	Henry Ford	Ford Motor Company	-	-	-
1931	E.R. Harriman	Union Banking Corp.	Fritz Thyssen	250.000 RM	Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. (Tochterfirma der August-Thyssen-Bank)
1932-1933	-	Flick (einer der Direktoren der AEG)	Friedrich Flick	150.000 RM	direkt an die NSDAP
Februar-März 1933	-	-	Emil Kirdorf	600.000 RM	Nationale Treuhand über Delbrück-Schickler-Bank
Februar-März 1933	Edsel B. Ford, C.E. Mitchell, Walter Teagle, Paul M. Warburg	I.G. Farben USA	I.G. Farben	400.000 RM	Nationale Treuhand (NSDAP-Stiftung)
Februar-März 1933	-	-	Reichsverband der Automobilindustrie	100.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	Gerard Swope, Owen D. Young, C.H. Minor, E. Arthur Baldwin	International 25 %, General Electric	AEG	60.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	Owen D. Young	International 16,66%, General Electric	OSRAM GmbH	40.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	Sosthenes Behn	ITT	Telefunken	35.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	-	-	Karl Herrmann	300.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	-	-	A. Steinke (Direktor der BYBUAG)	200.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	-	-	Karl Lange (Maschinenindustrie)	50.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	-	-	F. Springorum (Hoesch AG)	36.000 RM	Nationale Treuhand
Februar-März 1933	Edsel B. Ford	Ford Motor Company	Carl Bosch (I. G. Farben & Ford Motor AG)	-	-

Hitlers Finanzierung: Thyssen-Krupp - Kurt Freiherr von Schröder - Emil Kirdorf- Wilhelm Keppler...



Bildquelle: <https://heartfield.adk.de/node/3625>

und von Arthaber, die die Spendenbeiträge an Hitler leisteten. Faure zog die Schlussfolgerung: «... es beunruhigt mich zu sehen, wie die Direktoren der Skoda, die unter der Leitung der Firma Schneider steht, die Wahlkampagne Herrn Hitlers subventionieren; es beunruhigt mich zu sehen, dass ihre Firmen, ihre Finanziere, ihre Industriekartelle sich mit dem größten Nationalisten unter den Deutschen verbünden.» Auch hier wurden keine handfesten Beweise für diesen angeblichen Geldfluss für Hitler gefunden.

Thyssen und die Harriman Company

Ein weiterer schwer zu fassender Fall über eine berichtete Finanzierung Hitlers ist jener von Fritz Thyssen, dem deutschen Stahlmagnaten, der sich Anfang der Zwanzigerjahre mit der nationalsozialistischen Bewegung verband. Als er 1945 in einem alliierten Internierungslager im Rahmen des Dustbin-Programms verhört wurde, entsann sich Thyssen, dass General Ludendorff 1923 zum Zeitpunkt der Evakuierung des Ruhrgebietes [gemeint: Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen] an ihn herantrat. Kurz nach diesem Treffen wurde Thyssen Hitler vorgestellt und stellte durch General Ludendorff Gelder für die Nazis bereit. 1930/31 trat Emil Kirdorf an Thyssen heran und schickte anschließend Rudolf Hess, um über weitere Geldmittel für die nationalsozialistische Partei zu verhandeln. Dieses Mal arrangierte Thyssen einen Kredit von 250.000 Reichsmark von der Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. an der Zuidblaak 18 in Rotterdam, Holland, die 1918 mit H.J. Kouwenhoven und D.C. Schutte als Partner gegründet wurde. Bei dieser Bank handelte es sich um eine Tochterfirma der August-Thyssen-Bank in Deutschland (ehemals Von der Heydt Bank AG). Es handelte sich um ein persönliches Bankgeschäft Thyssens und war mit den finanziellen Interessen [des Eisenbahnmoguls] W. A. Harrimans in New York verknüpft. Thyssen berichtete den Fragestellern des Dustbin-Lagers: «Ich hatte eine holländische Bank gewählt, weil ich in meiner Position nicht mit den deutschen Banken zusammengebracht werden wollte und weil ich glaubte, es sei besser, Geschäfte mit einer holländischen Bank zu machen. Ich glaubte auch, dass ich dann die Nazis etwas mehr in der Hand hätte.»

Thyssens Buch *I Paid Hitler*, das 1941 veröffentlicht wurde, war angeblich von Fritz Thyssen selbst geschrieben, obwohl Thyssen die Urheberschaft leugnet. Das Buch stellt die Behauptung auf, dass Gelder für Hitler – etwa eine Million Mark – hauptsächlich von Thyssen selbst kamen. Das Buch *I Paid Hitler* enthält weitere nicht gestützte Behauptungen wie jene, Hitler sei tatsächlich der Nachkomme eines unehelichen Kindes aus der Familie Rothschild. Angeblich sei Hitlers Großmutter Frau Schicklgruber eine Dienstmagd im Hause Roth-

schild gewesen und dort geschwängert worden: «... eine Ermittlung, die der verstorbene österreichische Kanzler Engelbert Dollfuß anordnete, lieferte einige interessante Ergebnisse, die der Tatsache zu verdanken waren, dass die Dossiers der Polizei der österreichisch-ungarischen Monarchie erstaunlich vollständig waren.»

Diese Behauptung bezüglich Hitlers Unehelichkeit wird in einem verlässlicheren Buch von Eugene Davidson widerlegt, in dem die Familie Frankenger und nicht die Familie Rothschild jene ist, die damit in Verbindung gebracht wird.

Auf jeden Fall – und das ist aus unserer Sicht weitaus ausschlaggebender – wurde die Union Banking Corporation in New York kontrolliert von Thyssens holländischer Fassadenbank, also der Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. Die Harrimans besaßen finanzielle Interessen bei dieser Union Banking Corporation, und E. Roland Harriman (Averells Bruder) war einer der Direktoren dieser Bank. Die Union Banking Corporation aus New York City war eine gemeinsame Thyssen-Harriman Unternehmung. 1932 hatte sie die folgenden Direktoren (*Bankers Directory*, Ausgabe 1932, S. 2557 und *Poors, Directory of Directors*):

- E. Roland Harriman
Stellvertretender Vorstand der W. A. Harriman & Co., New York
- H.J. Kouwenhoven
Nazibankier, leitender Partner der August-Thyssen-Bank und der Bank voor Handel Scheepvaart N.V. (der Transferbank für Thyssens Gelder)
- J.G. Groeninger
Vereinigte Stahlwerke (das Stahlkartell, das auch ein Geldgeber Hitlers war)
- C. Lievensen
Vorstand, Union Banking Corp., New York City
- E.S. James
Partner der Brown Brothers, später Brown Brothers, Harriman & Co.
- Weitere Direktoren:
J.I. Guinter and Knicht Woolley

Thyssen besorgte durch diese holländische Bank, die mit den Harrimans verbunden war, einen Kredit von 250.000 Mark für Hitler. Thyssens Buch, das später widerrufen wurde, legt dar, dass sogar ein Betrag von einer Million Mark von Thyssen kam.

Thyssens amerikanische Partner waren natürlich prominente Mitglieder des Finanzestablish-

Über den Autor



Antony C. Sutton (* 14. Februar 1925; † 17. Juni 2002) war ein britischer Ökonom, Historiker und Schriftsteller. Er studierte an den Universitäten von London, Göttingen und Kalifornien, war Ökonomie-Professor an der California State University, Los Angeles und Forschungsstipendiat an der Hoover Institution der Stanford University. Seine Werke beschäftigen sich bevorzugt mit unbekanntem Handels- und Finanzbeziehungen der US-Wirtschaftselite («Wall Street») zu Staaten und Institutionen, die deren erklärte Gegner waren: zur Sowjetunion, zum liberalen Establishment um Präsident Franklin D. Roosevelt und zur NSDAP. Sein Werk *America's Secret Establishment: An Introduction to the Order of Skull and Bones* hielt er für sein wichtigstes, es wurde aber nicht auf Deutsch übersetzt. Der nebenstehende Auszug stammt aus *Wall Street und der Aufstieg Hitlers*, das 2009 im Schweizer Verlag Perseus erschien.

Foto: Clantabluu, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Die Union Banking Corporation war eine Kooperation von Thyssen und Harriman.

III. THE UNION BANKING CONNECTION

This flow of funds went through Thyssen banks. The Bank fur Handel and Schiff cited as the conduit in the U.S. Intelligence report was a subsidiary of the August Thyssen Bank, and founded in 1918 with H.J. Kouwenhoven and D.C. Schutte as managing partners. In brief, it was Thyssen's personal banking operation, and **affiliated with the W.A. Harriman financial interests in New York**. Thyssen reported to his Project Dustbin interrogators that:

"I chose a Dutch bank because I did not want to be mixed up with German banks in my position, and because I thought it was better to do business with a Dutch bank, and I thought I would have the Nazis a little more in my hands."

Hitler's Secret Backers identifies the conduit from the U.S. as "von Heydt," and von Heydt's Bank was the early name for Thyssen's Bank. Furthermore, the Thyssen front bank in Holland — i.e., the Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. — controlled the Union Banking Corporation in New York.

The Harrimans had a financial interest in, and E. Roland Harriman (The Order 1917), Averell's brother, was a director of this Union Banking Corporation. The Union Banking Corporation of New York City was a joint Thyssen-Harriman operation with the following directors in 1932:

E. Roland Harriman (The Order 1917)	Vice President of W.A. Harriman & Co., New York
H.J. Kouwenhoven (Nazi)	Nazi banker, managing partner of August Thyssen Bank and Bank voor Handel Scheepvaart N.V. (the transfer bank for Thyssen's funds)
Knight Woolley (The Order 1917)	Director of Guaranty Trust, New York and Director Federal Reserve Bank of N.Y.
Cornelius Lievens	President, Union Banking Corp. and Director of Holland-American Investment Corp.
Ellery Sedgewick James (The Order 1917)	Partner, Brown Brothers, & Co., New York
Johann Groninger (Nazi)	Director of Bank voor Handel en Scheepvaart and Vereinigte Stahlwerke (Thyssen's steel operations)
J.L. Guinter	Director Union Banking Corp.
Prescott Sheldon Bush (The Order 1917)	Partner, Brown Brothers, Harriman. Father of President G. H. W. Bush.

I. G. Farben, die sich mit 30 Prozent (beziehungsweise 500.000 Mark) des Gesamtbetrages beteiligte. Direktor A. Steinke von der Bubiag (Braunkohle- und Brikett-Industrie AG), einer Tochter der I. G. Farben, trug persönlich weitere 200.000 Mark bei. Kurz, 45 Prozent der Gelder für die Wahl 1933 kamen von der I. G. Farben. Wenn wir uns die Direktoren der amerikanischen I. G. Farben – der amerikanischen Tochter der I. G. Farben – betrachten, nähern wir uns den Wurzeln des Engagements der Wall Street für Hitler. Im Vorstand der amerikanischen I. G. Farben saßen zu dieser Zeit einige der angesehensten amerikanischen Industriellen: Edsel B. Ford, Ford Motor Company; C. E. Mitchell, Federal Reserve Bank of New York (Bundesnotenbank); Walter Teagle, Direktor der Federal Reserve of New York und der Standard Oil of New Jersey sowie der Georgia Warm Springs Foundation von Präsident Franklin D. Roosevelt.

Paul M. Warburg war einer der Direktoren der I. G. Farben.

Paul M. Warburg, der erste Direktor der Federal Reserve Bank of New York, und Vorsitzender der Bank of Manhattan, zählte zu den Direktoren der I. G. Farben, und in Deutschland war sein Bruder Max Warburg ebenfalls einer der Direktoren der I. G. Farben. [Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte festgehalten werden, dass Paul Warburg bereits 1932 starb, also 1933 nicht mehr im Vorstand der amerikanischen I.G. sitzen konnte.] H.A. Metz von der I. G. Farben war auch einer der Direktoren von Warburgs Bank of Manhattan. Schließlich zähl-

Finanzielle Spenden an Hitler: 23. Februar bis 13. März 1933 (auf das Konto Hjalmar Schachts bei der Delbrück-Schickler-Bank)

Spendenbeiträge von Firmen (mit ihren Direktoren)	Versprochener Betrag	Prozentualer Anteil am gesamten Spendenpool
Verein für die bergbaulichen Interessen (Kirdorf)	600.000	45,0
I. G. Farbenindustrie (Edsel Ford, C.E. Mitchell, Walter Teagle, Paul Warburg)	400.000	30,3
Automobil-Ausstellung, Berlin (Reichsverband der Automobilindustrie S.V.)	100.000	7,6
AEG, Deutsche General Electric (Gerard Swope, Owen Young, C.H. Minor, Arthur Baldwin)	60.000	4,6
Demag	50.000	33,0
Osram GmbH (Owen Young)	40.000	3,0
Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie	35.000	2,7
Accumulatoren-Fabrik AG (Quandt, AEG)	25.000	1,9
Gesamtbetrag aus der Industrie	1.310.000	99,9
Plus Spenden von einzelnen Geschäftsleuten		
Karl Hermann	300.000	
Direktor A. Steinke (BUBIAG – Braunkohle- und Brikett-Industrie AG)	200.000	
Dr. Karl Lange (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten)	50.000	
Dr. F. Springorum (Vorsitzender Eisen- und Stahlwerke Hoesch AG)	36.000	

I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

Bankabteilung

POSTANSCHRIFT
I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft
Bankabteilung
Frankfurt (Main) 20, Gelsenerplatz

DRAHTWORT
Igelarben
Frankfurt/Main

FERNRUUF
Ortsverkehr: Sammelnummer 200 27
Fernverkehr: Sammelnummer 300 40

GESCHÄFTSZEIT
9-17 Uhr
Sonntag 9-12 1/2 Uhr

KONTEN
Reichsbank-Giro-Konto Frankfurt (Main)
Postcheck-Konto 241 Frankfurt (Main)

Firma

Delbrück Schickler & Co.,

Berlin W. 8.

Mauerstr. 63/65.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen für Anzahl empfangen

B./G5.

FRANKFURT (MAIN) 20

den 27. Febr. 33.

Betreff

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, dass wir die
DRESDNER BANK in FRANKFURT/M., FRANKFURT A/M., beauftragt
haben, Ihnen morgen vormittag

RM 400.000.--

zu vergüten, die Sie zu Gunsten des Kontos

„NATIONALE TREUHAND“

verwenden wollen.

Hochachtungsvoll

I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT.

sch. EILBOTSCH.

Who Financed Adolf Hitler?

The funding of Hitler and the Nazi movement has yet to be explored in exhaustive depth. The only published examination of Hitler's personal finances is an article by Oron James Hale, "Adolph Hitler: Taxpayer,"¹ which records Adolph's brushes with the German tax authorities before he became *Reichskanzler*. In the 1920s Hitler presented himself to the German tax man as merely an impoverished writer living on bank loans, with an automobile bought on credit. Unfortunately, the original records used by Hale do not yield the source of Hitler's income, loans, or credit, and German law "did not require self-employed or professional persons to disclose in detail the sources of income or the nature of services rendered."² Obviously the funds for the automobiles, private secretary Rudolf Hess, another assistant, a chauffeur, and expenses incurred by political activity, came from somewhere. But, like Leon Trotsky's 1917 stay in New York, it is hard to reconcile Hitler's known expenditures with the precise source of his income.

Some Early Hitler Backers

We do know that prominent European and American industrialists were sponsoring all manner of totalitarian political groups at that time, including Communists and various Nazi groups. The U.S. Kilgore Committee records that:

By 1919 Krupp was already giving financial aid to one of the reactionary political groups which sowed the seed of the present Nazi ideology. Hugo Stinnes was an early contributor to the Nazi Party (National Socialistische Deutsche Arbeiter Partei). By 1924 other prominent industrialists and financiers, among them Fritz Thyssen, Albert Voegler, Adolph [sic] Kirdorf, and Kurt von Schröder, were secretly giving substantial sums to the Nazis. In 1931 members of the coalowners' association which Kirdorf

TABLE 7-1: FINANCIAL LINKS BETWEEN U.S. INDUSTRIALISTS AND ADOLF HITLER

Date	American Bankers and Industrialists	U.S. Affiliated Firm	German Source	Intermediary for Funds/Agent
1923	Henry FORD	FORD MOTOR COMPANY	—	—
1931	E.R. HARRIMAN	UNION BANKING CORP	Fritz THYSSEN	250,000 RM Bank voor Handel en Scheepvaart N.V. (Subsidiary of August Thyssen Bank)
1932-3		Flick (a director of AEG)	Friedrich FLICK	150,000 RM Direct to NSDAP
February-March 1933		NONE	Emil KIRDORF	600,000 RM "Nationale Treuhand" a/c at Delbrück Schickler Bank
February-March 1933	Edsel B. FORD C.E. MITCHELL Walter TEAGLE Paul M. WARBURG	AMERICAN I.G.	I.G. FARBEN	400,000 RM "Nationale Treuhand"
February-March 1933		NONE	Reichsverband der Automobilindustrie	100,000 RM "Nationale Treuhand"
February-March 1933	Gerard SWOPE Owen D. YOUNG C.H. MINOR E. Arthur BALDWIN	INTERNATIONAL GENERAL ELECTRIC	25 percent A.E.G.	60,000 RM "Nationale Treuhand"

Beweis-Quellen mit Auszügen:

Auszug: "**Militärische Nutzung**"

„Ab 1945 nutzten die Britischen Streitkräfte den Komplex - das Vernehmungszentrum **Camp Dustbin**, wo (...) die Spitzen der Wissenschaft, Technik und Rüstungsorganisation des Naziregimes, ...,

Fritz Thyssen... und andere inhaftiert und befragt wurden. **Im Sommer 1946 fand hier die erste Konferenz der Weltgeschichte über biologische Waffen statt.**“
(Hinweis aus akt. Anlaß: Corona-COVID-Masterplan)

Kurt Freiherr von Schröder geboren in Hamburg (Groß-Bankier, Bankenlehre in Köln) ermögliche Hitler 1932 eine seiner Reden vor dem Industrie-Club Düsseldorf.

1) https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Freiherr_von_Schr%C3%B6der

„...heiratete von Schröder Otilie Marie Edith Schnitzler (1892–1951). Auf Wunsch ihres Vaters wurde von Schröder 1921 Teilhaber des Kölner Bankhauses J.H. Stein. 1919 wurde dieses Bankhaus unter maßgeblicher Beteiligung von Schröders zu einem Zentrum der "rheinischen Separatisten": So unterschrieb von Schröder in diesem Jahr einen Aufruf der Separatisten, der zu einer Abtrennung des Rheinlands vom Deutschen Reich aufrief.“

2) <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.machtergreifung-die-machtergreifung-warkein-konjunkturprogramm-page3.ecf880f4-85cc-4d80-a894-ddecbe0310df.html>

Auszüge: „Gemeinsam mit dem **Kohlemanager Emil Kirdorf** (zugleich Präsident des Industrie-Clubs), dem Bankier Kurt von Schröder sowie dem Gelatine-Fabrikanten Wilhelm Keppler betätigte er sich als „Türöffner“ für Hitler in Wirtschaftskreisen – ...Die KPD erwartete den Zusammenbruch der Industrie und des kapitalistischen Systems. Hingegen versprachen die Nationalsozialisten wenigstens, das Eigentum nicht anzutasten. Vor allem aber wollten die Konzerne keinen Bürgerkrieg. Nachdem die Kommunisten bei den Wahlen im November 1932 besser abgeschnitten hatten, flossen Hitler nun auch Mittel aus der Industrie zu, weil führende Leute in der Wirtschaft immer noch glaubten, Papen und die Konservativen seien weiterhin die Schlüsselfiguren im politischen Spiel...

Ein Fackelzug, den der NS-Studentenbund einen Tag nach der Machtergreifung vor der Berliner Börse, dem „Mekka des deutschen Judentums“ veranstaltete, hätte ihnen die Augen öffnen müssen. Börsenmakler wurden beim Verlassen des Gebäudes mit den Sprechchören „Juda verrecke“ empfangen. Fritz Thyssen musste 1937 erkennen, dass er auf das falsche Pferd gesetzt hatte. „Was war ich nur für ein Idiot“, soll er ausgerufen haben.“

Das Schloß Kransberg

https://de.wikipedia.org/wiki/Schloss_Kransberg (wieder im Taunus, etwas nördlich von Frankfurt a. M... wer da wohl sonst noch so residiert?)

„Auch der **Finanzfachmann Hjalmar Schacht** sprach sich für Hitler als Reichskanzler aus und wurde dafür mit dem Amt des Reichsbankpräsidenten belohnt. Der **Bankier Kurt von Schroeder** hatte Anfang Januar 1933 ein Treffen zwischen Hitler und dem Strippenzieher Franz von Papen arrangiert, bei dem wichtige Absprachen hinsichtlich einer von Hitler zu führenden Regierung getroffen wurden.“

Quelle: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.machtergreifung-die-machtergreifung-warkein-konjunkturprogramm-page2.ecf880f4-85cc-4d80-a894-ddecbe0310df.html>

Die Rothschild-Kontrolle

Register: Literaturhinweise und Beweis-Quellen:

- 1) Benz, Wolfgang (Hg.): "Legenden Lügen Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte", Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992 (und weitere Auflagen), Stichwort: "Finanzierung Hitlers und der NSDAP" ("...Die zweite wichtige Finanzquelle waren Spenden aus dem Ausland, unter anderem von Sir Henry Deterding vom Royal-Shell-Konzern, zur Unterstützung des 'antibolschewistischen Kampfes' der Nationalsozialisten...")
- 2) Sutton, Anthony C.: "Wall Street and the Rise of Hitler"
PDF-Download: [WALL STREET UND DER AUFSTIEG HITLERS](#)
- 3) Sutton, Anthony C.: "America's Secret Establishment"
- 4) Diverse Senats- und Kongreßausschüsse der USA in den Jahren 1928-1946, u.a.:
- 5) House Subcommittee to Investigate Nazi Propaganda (1934)
- 6) Bericht über Kartelle, herausgegeben von House Temporary National Economic Committee (1941)
- 7) Senate Subcommittee on War Mobilization (1946)
- 8) Deschner, Karlheinz: "Der Moloch", 7. Auflage, Heyne, München 2000, S. 219-228
- 9) Schmalbrock, Gerd: "Ihr Programm" Nr. 133 vom 25. 10.1982 (zu beziehen über: Verlag IKC Presse, Mendelssohnstr. 10, Gladbeck)
- 10)Schwarzwäller, Wulf: "Hitlers Geld" (betrifft Hitlers persönliche Einkünfte, z.B. aus dem Verkauf von "Mein Kampf")
- 11)Carmin, E. R.: "Das schwarze Reich", 5. Auflage, Heyne, München 2000, S. 201-249
- 12)Lutz, Hermann: "Fälschungen zur Auslandfinanzierung Hitlers" in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, hg. von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg, 1954, S. 386-396
- 13)Görlitz, Walter: "Geldgeber der Macht", Düsseldorf 1976, S. 50
- 14)Mowrer, Edgar A.: "Germany puts the clock back", London 1933, S. 146
- 15)Roberts, Glyn: "The most powerful man in the world", London 1939, S. 322
- 16)Gereke, G. (Titel noch unbekannt. Memoiren. Gereke soll darin bestätigen, daß Sir Henry Deterding eine größere Summe zur Finanzierung Hitlers Reichspräsidenten-Kandidatur im Frühjahr 1932 gegeben hat.)
- 17)Norden, Albert: "Fälscher", Berlin (Ost-) 1960, S. 126
- 18)Franke-Gricksch, Ekkehard: "So wurde Hitler finanziert" (S. 2: "...daß es Juden waren, die Hitler zur Macht verholfen hatten")
- 19)Francis, Hermann: "Die Zerstörung des politischen Standorts Deutschlands", Tübingen 1998
- 20)IDGR S. 7 / 28 (Internet)

- 21)Rakowskij-Protokoll (Text und drei Begleitkommentare auf dieser Homepage: www.luebeck-kunterbunt.de oder Des Griffin: "Die Herrscher", Leonberg 1980) Das Bestreiten der Familie Warburg wird durch den sowjetischen Spitzendiplomaten Rakowskij widerlegt!
- 22)Abegg-Archiv (in der BRD und der Schweiz verstreut)
- 23)Ruiter, Robin de: "Die geheime Macht hinter den Zeugen Jehovas", Durach 1995
- 24)Reinhard, Severin (d.i.: René Sonderegger, vgl. Nr.74): "Spanischer Sommer", Affaltern/Schweiz 1948
- 25)Müller, Gerhard: "Hinter den Kulissen des Weltgeschehens", Pähl 1982
- 26)IDGR: "Hitler-Finanzierung" (Internet)
- 27)Nolte, Ernst: "Der Nationalsozialismus", S. 188-196
- 28)Schulz, Gerhard: "Von Brüning zu Hitler", Berlin 1992, S. 731 ff
- 29)Krosigk, Lutz Graf Schwerin von: "Staatsbankrott", S. 82
- 30)Krosigh, Lutz Graf Schwerin von: "Memoiren", S. 130 f
- 31)Krosigh, Lutz Graf Schwerin von: "Persönliche Erinnerungen II", S. 78 f
- 32)Norden, Albert: "Lehren deutscher Geschichte", Berlin (Ost-) 1947, S. 157 ff
- 33)Papen, Franz von: "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952, S. 256 ff
- 34)Küster, Fritz: "Die Hintermänner der Nazis. Von Papen bis Deterding", Hannover 1946
- 35)Turner (jr.), Henry Ashby: "Faschismus und Kapitalismus in Deutschland", Göttingen 1972
- 36)Czichon, Eberhard: "Wer verhalf Hitler zur Macht?"
- 37)Hallgarten, G. F. W.: "Hitlers Reichswehr und Industrie", Frankfurt a. M. 1955
- 38)Fabry, Philipp W.: "Mutmaßungen über Hitler", Düsseldorf 1969
- 39)Nolte, Ernst: "Streitpunkte", Berlin 1993, S. 198 ff
- 40)Heiden, Konrad: "Geschichte des Nationalsozialismus", Berlin 1932
- 41)Braun, Otto Rudolf: "Hinter den Kulissen des Dritten Reiches", Markt Erlbach 1987, S. 87-100
- 42)Alardus, "Krieg in Sicht?", Zürich 1959
- 43)Aretz, Emil: "Hexen-Einmal-Eins einer Lüge", Pähl 1970
- 44)Pool, James + Suzanne: "Hitlers Wegbereiter zur Macht", Bern/München 1979
- 45)Schmalbrock, Gerd: "Die politischen Falschspieler" Gladbeck 1979
- 46)Urner, Klaus: "Zehn preußische Polizeioffiziere und das 'Abegg-Archiv'", in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. und 7. Mai 1980
- 47)Allen, Gary: "Die Insider – Wohltäter oder Diktatoren?", 2. Auflage 1974, S. 52 f

- 48)Schmalbrock, Gerd: "Schon Genosse oder noch Herr?", Gladbeck 1975
- 49)"Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945", Bd. 3, Stichwort: "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", S. 466-468 (+ Fn 15-27)
- 50)Gossweiler, K.: "Kapital, Reichswehr und NSDAP", S. 319 ff
- 51)Scholl, Heinz: "Von der Wallstreet gekauft. Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte", Vaduz/Liechtenstein 1981
- 52)"Deterding verschenkt 10 Millionen an Hitlerdeutschland", in National-Zeitung Basel vom 28.1.1937
- 53)Konstantin, Karl: "Wer finanzierte Hitler?", Freising 1970
- 54)Griffin, Des: "Wer regiert die Welt?", Leonberg
- 55)Bracher, Karl Dietrich: "Die Auflösung der Weimarer Republik", 3. Aufl. Villingen 1960, S. 694 Fn 33
- 56)Archivbestände des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Az: Abt. III-K-Tgb. Nr. 1135/52 Po/A)
- 57)Ledraque, Jean (d.i.: Hennecke Kardel): "Springers Nazionismus – Der Schoup und seine Zeugen", Genf o.J
- 58)Zimmermann, Werner: "Liebet eure Feinde", Thielle / Neuchatel / Schweiz, 1948
- 59)Warburg, Sidney: "De Geldbronnen van het National-Sozialisme – 3 Gespreken met Hitler, vertaald door J. G. Schoup, Amsterdam 1933 (in Jean Ledraque "Springers Nazionismus" enthalten, synoptisch niederländisch / deutsch; übersetzt von Richter a.D. Dietrich Schmiedel)
- 60)Maler, Juan: "Einst sangen die Wälder", Buenos Aires 1985, S. 156 f
- 61)TURBUND STURMWERK, Internet Anonymus
- 62)Bülow, Andreas von: "Im Namen des Staates", München 1998, S. 376 + Fn 818, 819
- 63)May, Jonathan: "Die Macht I – Geheimgesellschaften" (S. 47: "Bis 1943 kann man finanzielle Unterstützung großer amerikanischer Firmen für Hitlerdeutschland nachweisen – auch von Firmen, die einflußreichen jüdischen Familien gehörten.")
- 64)Höfl-Hielscher, Elisabeth: "...das Geld aber in die Schweiz!" Die Geschäfte der Nationalsozialisten mit dem Ausland bestanden schon in den zwanziger Jahren, in: Süddeutsche Zeitung vom 3.11.1997
- 65)Helsing, Jan van (d.i.: Jan Udo Holey): "Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert"
- 66)Stechert, Kurt: "Wie war dies möglich? – die Geldgeber Hitlers", Stockholm 1945
- 67)Rüggeberg, Dieter: "Geheimpolitik" Band 1: "Der Fahrplan zur Weltherrschaft" (S. 261-267) / Band 2: "Logen – Politik" (zu beziehen über: Verlagsbuchhandlung Dieter Rüggeberg, Postfach 13 08 44, D-42035 Wuppertal, Tel + Fax: 02 02 – 59 28 11)

68)Bröckers, Mathias: "Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.", 24. Auflage (!!!), nur bei Verlag Zweitausendeins, Postfach, 60381 Frankfurt am Main, 12,75 Euro / alle drei Bände 35,- Euro: Großvater Prescott Bush finanzierte und unterstützte Hitler, den die US-Armee dann beseitigen half. Vater George Bush bewaffnete als CIA-Chef Saddam Hussein, gegen den er dann als US-Präsident in den Golfkrieg zog. Sohn George W. Bush erhielt das Geld für seine erste Ölfirma vom Vermögensverwalter eben jener Familie, deren Spross Osama er jetzt jagt: Bin Laden. ...

69)Nieland, Friedrich: "Wieviel Welt (Geld) – Kriege müssen die Völker noch verlieren? Offener Brief an alle Bundesminister und Parlamentarier der Bundesrepublik", Hamburg 1957

70)Mullins, Eustace – Roland Bohlinger: "Die Bankierschwörung"

71)Monus, Aron: "Verschwörung – Das Reich von Nietzsche", 1994 (Finanzierung Hitlers durch jüdische Freimaurer, S. 37 – 53)

72)Eggert, Wolfgang: "Im Namen Gottes – Israels Geheimvatikan als Vollstrecker biblischer Prophetie", München 2001, Bd. 3, S. 71 – 80

73)Diels, Rudolf: "Lucifer ante Portas – Zwischen Severing und Heydrich", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1950, S. 103 f

74)Sonderegger, René: "Finanzielle Weltgeschichte. Das Dritte Reich im Dienste der internationalen Hochfinanz. Gemeinnutz geht vor Eigennutz?", 1936

75)Goldmann, Erwin: "Zwischen zwei Völkern – ein Rückblick", Königswinter 1975, S. 173 f ("Eine Tatsache habe ich lange nicht für wahr halten können, nämlich daß Hitler von der internationalen Hochfinanz bei seinem Aufstieg, also auch mit Geld aus jüdischer Hand, entscheidend unterstützt worden ist.")

76) Hitlers Schuldendiktat: Wie Hitlers Kriegswirtschaft wirklich lief

<https://www.profil.at/home/hitlers-schuldendiktat-wie-hitlers-kriegswirtschaft-273933>

77) „Mein Kampf“ brachte Hitler Millionen. Steuerfrei <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article146837543/Mein-Kampf-brachte-Hitler-Millionen-Steuerfrei.html>

Webverweise:

Hitlers Auslandsfinanzierung

http://www.luebeck-kunterbunt.de/Favoriten/Hitlers_Auslandsfinanzierung.htm

DIE WALL STREET UND DER AUFSTIEG HITLERS

<https://lbz.rlp.de/fileadmin/lbz/Inhaltsverzeichnis/HT016022909.pdf>

<https://www.profil.at/home/hitlers-schuldendiktat-wie-hitlers-kriegswirtschaft-273933>

Hitlers Schuldendiktat: Wie Hitlers Kriegswirtschaft wirklich lief

<https://www.profil.at/home/hitlers-schuldendiktat-wie-hitlers-kriegswirtschaft-273933>

„Mein Kampf“ brachte Hitler Millionen. Steuerfrei

<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article146837543/Mein-Kampf-brachte-Hitler-Millionen-Steuerfrei.html>

Die Rothschild-Kontrolle

<https://www.kla.tv/Dauerbrenner/13533&autoplay=true>

Mein Kampf“ brachte Hitler Millionen. Steuerfrei

<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article146837543/Mein-Kampf-brachte-Hitler-Millionen-Steuerfrei.html>

Juristische Beweise – Rechtsgrundlagen zur Staatstäuschung Hitlers NSDAP und Rechtsnachfolger BRD:

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heiliges_R%C3%B6misches_Reich

Quelle: <http://www.verfassungen.de/de/de67-18/rustag13.htm>

Quellbeweis: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>

BuStAG vom 01. Juni 1870 (BGBl. S. 498) Inland

„§1. Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

RuStAG 01 vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87) Inland

„§1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“

RuStAG 02 vom 22. Juli 1913 (RGBl 1913, S. 583) Inland oder Kolonie

„§1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat Inland/Heimat **oder** die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

Deutschland = das Deutsche Reich:

Niemandsland Deutschland - Auszug aus Wikipedia - Vollzitat: „Ein **Protektorat** (von lateinisch *protegere* ‚schützen‘; zuweilen auch **Schutzstaat** bzw. *Schutzgebiet*) ist ein teilsouveränes Gemeinwesen und abhängiges staatliches Territorium, dessen auswärtige Vertretung und Landesverteidigung einem anderen Staat durch einen völkerrechtlichen Vertrag unterstellt sind.“ Siehe dazu auch die NATO-Verträge und sog. „Geheime Zusatzabkommen.“

Bundesrepublik Deutschland in Deutschland

Artikel 16 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„(1) Die **deutsche Staatsangehörigkeit** darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.“

Artikel 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere **deutsche Staatsangehörige**, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten

als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.“

Artikel 127 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland-Vollzitat:

„Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder Recht der Verwaltung **des Vereinigten Wirtschaftsgebietes**, soweit es nach Artikel 124 oder 125 als Bundesrecht fortgilt, innerhalb eines Jahres nach Verkündung dieses Grundgesetzes in den Ländern Baden, Groß-Berlin, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern in Kraft setzen“

Artikel 133 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Vollzitat: Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung **des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** ein.“

Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und den dahinter stehenden alliierten Rechtsvorschriften über Entnazifizierung - Vollzitat:

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 139 „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Artikel 140 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

„Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.“

*Fußnoten siehe Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html

Artikel 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – (Geltungsdauer der BRD in Deutschland)

Vollzitat: „Grundgesetz XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146) Art. 146 Dieses Grundgesetz, **das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt**, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Deutschland-Deutsches Reich

- Verhaftung der letzten amtierenden Reichsregierung Dönitz am 23. Mai 1945
- US-Dokumentation „Here is Germany“ von 1945
- Grundsatzrede von Prof. Dr. Carlo Schmidt vor dem parlamentarischen Rat zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland vom 8.09.1948
- SHAEF-Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung in Deutschland - Gesetz Nr. 1 Art. III Abschnitt 4, Gesetz Nr. 52 Art. VII Abschnitt e), Gesetz Nr. 53 Art. VII Abschnitt g), Gesetz Nr. 161/2
- Grundsatzurteil Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 - 2BvF 1/73 zum Völkerrechtssubjekt „*Deutsches Reich*“
- Dokumentation Deutscher Bundestag der BRD - wissenschaftlicher Dienst WD 3 – 292/07
- Antwort Auswärtiges Amt der BRD: Auswärtiges/Antwort vom 30.06.2015 – Referenz hib 340/2015)
- Potsdamer Abkommen und die darin enthaltene Krim-Deklaration vom 2. August 1945
- Die von der BRD abgelehnten Friedensvertragsangebote der UdSSR von 1952
- HLKO Artikel 24 „Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich

Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt“

- Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 Bll vom 17.07.1990

Nationalsozialistisches Unrecht in Deutschland:

- sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Widerruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBl 28. Juli 1933,
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl. I S. 85 vom 05.2.1934,
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54,
- Die deutsche Staatsangehörigkeit: Reichsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 Gustav Zeidler - Mauckisch von 1935,
- Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerecht von Dr. Bernhard Lösener – Ministerialrat des Innern und Rassereferent im Reichsministerium des Inneren 1. Band, Gruppe 2 Ausgabe 13 von 1934
- Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre - "Nürnberger Gesetze", 15. September 1935 und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935
- Reichsbürgergesetz (RBG) vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146), Wilhelm Stuckart, Hans Globke: Kommentar zum Reichsbürgergesetz (1936),
- Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938
- Amtsblatt für Schleswig- Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1
- Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959
- Ausweisdokumente mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ und deren Glaubhaftmachung „deutsch“ von 1934- 1945
- Ausweisdokumente „deutsch“ ab 1934
- Amtsblatt für Schleswig- Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1
- Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945
- Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959
- Ausweisdokumente der BRD mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ und deren Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ 1934
- IGH - Urteil: BRD als Rechtsnachfolger der sog. „dritten Reiches“ (des Nationalsozialismus von Adolf Hitler),
- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 5.2. 1934 (z.Zt. verfälscht 22.07.1913) Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959
- Artikel 16, 116, 120, 127,133, 139, 140 und 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD)
- Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 08.12.2010
- dazu das Unionsrecht: unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – u. a. Grundlagenwerk *Der Unionsbürger* von Christoph Schönberger

COVID-19: Der Grosse Umbruch (German Edition) Taschenbuch – 25. September 2020

Deutsch Ausgabe von [Klaus Schwab](#) (Author), [Thierry Malleret](#) (Author)

Zitat:“Mit seinem Erscheinen hat Covid-19 die bisherige Regierungsführung der Länder, unser Zusammenleben und die Weltwirtschaft als Ganzes gehörig durcheinander gebracht. Covid-19: Der große Umbruch ist ein Leitfaden für alle, die verstehen möchten, wie das neuartige Coronavirus soviel Zerstörung und Leid anrichten konnte und welche Änderungen

für eine integrativere, robustere und nachhaltigere Welt erforderlich sind. Das Buch bietet eine besorgniserregende, dennoch zuversichtlich Analyse. Covid-19, die größte Gesundheitsbedrohung des Jahrhunderts, hat enorme wirtschaftliche Schäden verursacht und bestehende Ungleichheiten verschlimmert. Die Macht des Menschen liegt jedoch in seinem Weitblick, Einfallsreichtum und – zumindest in einem gewissen Maße – Vermögen, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und eine bessere Zukunft zu planen. Dieses Buch zeigt uns, wo wir beginnen müssen. Professor Klaus Schwab ist der Gründer und Vorstandsvorsitzende des Weltwirtschaftsforums. Er ist Verfasser verschiedener Bücher, darunter Die Vierte Industrielle Revolution, und langjähriger Verfechter des „Stakeholder-Kapitalismus“. Thierry Malleret ist geschäftsführender Partner von Monthly Barometer, einer prägnanten, prädiktiven Analyse. Er ist Autor mehrerer Bücher zu wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Themen und hat vier Romane veröffentlicht.“

Zur gültigen Rechtsprechung zum fortbestehenden völkerrechtlichen Staat „Deutschland“ - „Deutsches Reich“ - Auszüge:

SHEAF-Gesetze;

SHEAF-Gesetz Nr. 52 Artikel VII 9. e) "Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

SHEAF-Gesetz Nr. 53 Artikel VII g) Der Ausdruck "Deutschland" bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember das "Deutsche Reich" bestand.

SHEAF-Gesetz Nr. 161 2. Der Ausdruck "Grenzen des Deutschen Reiches" der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.

Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Das Bundesverfassungsgericht der BRD (BVerfG der „BRD“)

Zitat: „Urteil zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik: „In seinem Urteil von 1973 über den Grundlagenvertrag (...) stellte auch das Bundesverfassungsgericht unter Kombination verschiedener Fortbestandstheorien fest: Das Grundgesetz (...) geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; (...) Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtslage_Deutschlands_nach_1945

30.06.2015 Auswärtiges - Antwort - hib 340/2015 Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ Berlin: (hib/AHE)

Zitat: „Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen (...) ist.“

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964

Artikel 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Zitat: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (Ergänzung: vom 05.02.1934 von Adolf Hitler) oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als

dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

§ 185 - Bundesbeamten-gesetzes in der bis zum 11. Februar 2009 geltenden Fassung (BBG)

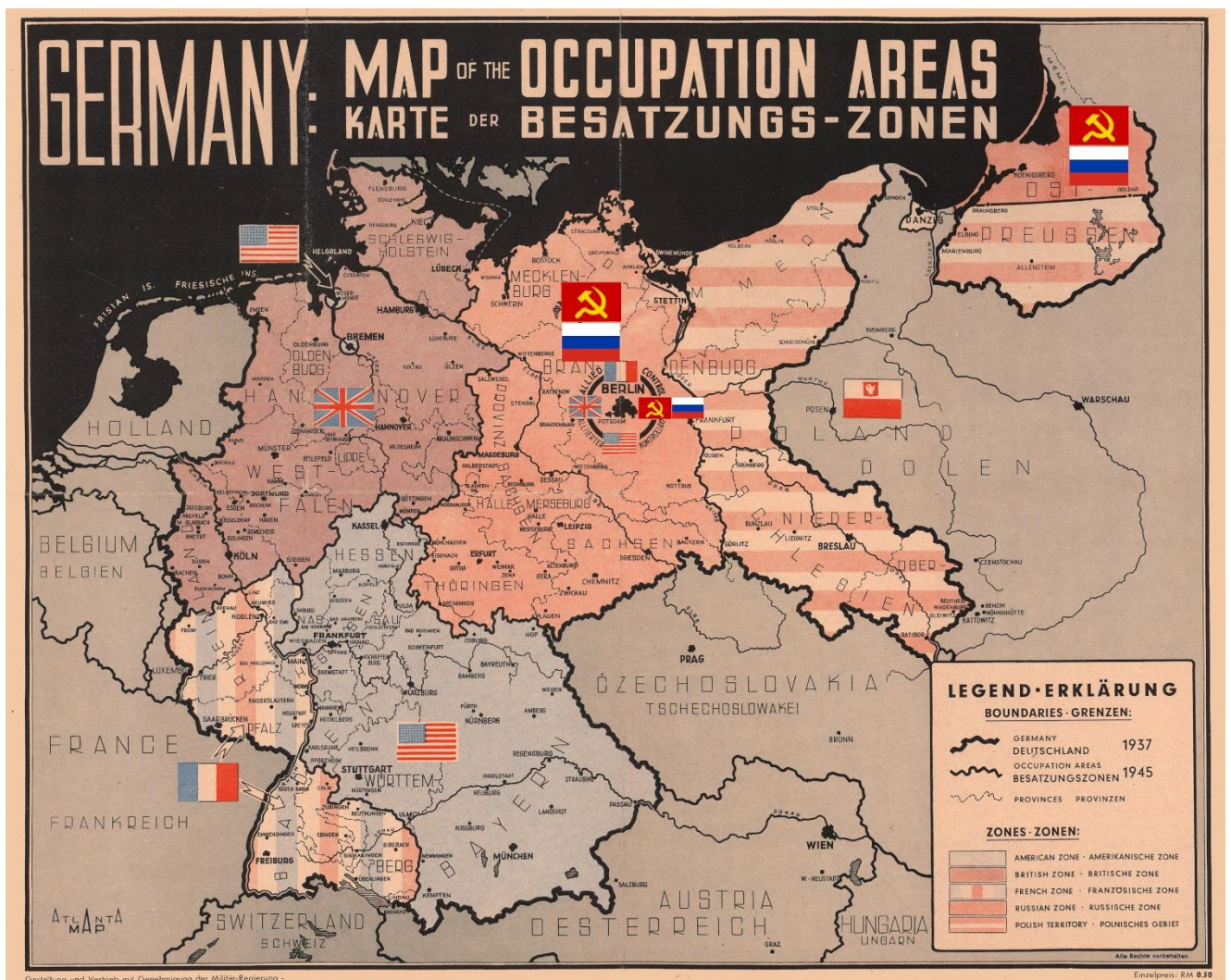
Zitat: „Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.“

Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/885/a12049.htm>

Verwaltungsgericht Köln, Urteil vom 22.12.2022 - 13 K 2736/19Z

Tenor: „Es wird festgestellt, dass die Äußerung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Bezug auf den Kläger "[Er] versteigt sich zu der Aussage, dass das „Deutsche Reich“ 1945 nicht untergegangen sei." rechtswidrig war.“

Quelle: <https://openjur.de/u/2461088.html>



1. Die gesamte Menschheit im Fegefeuer!



Die Wirklichkeit des menschlichen Daseins seit tausenden von Jahren!

2. Der Fluch-Brecher Nürnberg-Code GG139

Feststellung:

Ein Kampf gegen Phantome (Geister) ist nicht mit irdischen Waffen zu gewinnen!

Ein direkter Kampf gegen die toten BRD-Dämonen, deren Phantomverwaltung im Phantom-Deutschland ist völlig sinnlos!

Jeder „Schuss“ gegen das Reich der Toten und seine Symptom-Gespenster, die auch im Ausland ihr Unwesen treiben, verfehlt seine Wirkung.

Es gibt nur ein völkerrechtliches Mittel, um den Höllentanz der BRD-Toten zu beenden und die letzten Deutschen aus dem satanischen Bann-Fluch zu erlösen!

Nur die Umsetzung des Potsdamer Abkommens zusammen mit der Nationalen Befreiungsbewegung Deutschlands - staatenlos.info verschafft den Sieg über die Nazi-Teufel!

Metapher „Herr der Ringe – Rückkehr des Königs“:

Die Verdammten des nicht beendeten Zweiten Welt-Krieges!



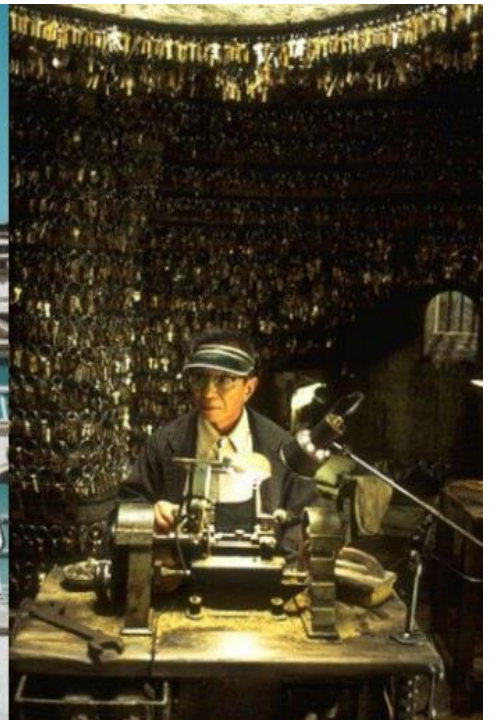
Artikel 139

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

„Herr der Ringe – Rückkehr des Königs“ - Hinweisquelle:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Herr_der_Ringe:_Die_R%C3%BCckkehr_des_K%C3%B6nigs_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Herr_der_Ringe:_Die_R%C3%BCckkehr_des_K%C3%B6nigs_(Film))



Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland "Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung"

"Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html

3. Das internationale Minderheitenschutzrecht!



„Auch die Deutschen haben wie alle Völker das Recht auf ihre Vergangenheit und Abstammung; Sprache und Mundarten; Volkskulturen und Traditionen; Werte, Moral, Sittlichkeit und Zugang zu Gott!

Die Kultur eines Volkes fundiert immer auf vier Kulturpfeilern.“

Das Minderheitenrecht verleiht allen indigenen Völkern, Eingeborenen, Zugehörigen eines Volkstums und weiteren Minderheiten die Möglichkeit, ihre Rechte durchsetzen zu können!

Grundsätzlich haben sich die Nationen durch die Ratifizierung völkerrechtlich-verbindlicher Verträge gegenseitig zur Wahrung der Rechte von Minderheiten geeinigt. Regierungen, die in einem Gebiet hoheitliche Rechte der Verwaltung ausüben, sind zu deren Einhaltung verpflichtet!

Indigene Völker, Eingeborene oder Zugehörige eines Volkstums dürfen gemäß den ratifizierten völkerrechtlichen Verträgen bei der Ausübung ihrer Rechte in ihrer Heimat nicht eingeschränkt werden!

Sollten sich derartige Minderheiten unter fremder Verwaltung oder sich in Treuhandsgebieten befinden, dürfen die Einheimischen bei der Ausübung ihrer Rechte ebenfalls nicht durch die Verwaltung eingeschränkt werden.

Kolonial- oder Besatzungsmächte tragen die völkerrechtlich verbindliche Aufgabe, unter Beteiligung der betreffenden Minderheiten koordinierte Maßnahmen auszuarbeiten, um die Rechte dieser Minderheiten durchzusetzen und zu schützen. Die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung muss beachtet und gefördert werden. Das Gefühl der Eingeborenen-, Stammes- bzw. Kultur-Zugehörigkeit ist als grundlegendes Kriterium für die Bestimmung einer kollektiven Minderheit anzusehen. Indigene Völker, Eingeborene oder Zugehörige eines Volkstums dürfen nicht ihrer natürlichen Lebensgrundlagen beraubt werden. Die Achtung ihrer Unversehrtheit ist sicherzustellen!

Rechtsgrundlagen im Völkerrecht für die Deutschen und andere Volkszugehörige:

Das internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (kurz UN-Rassendiskriminierungskonvention; internationale Abkürzung ICERD):

Quelle: https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/1995/1164_1164_1164/20191104/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-1995-1164_1164_1164-20191104-de-pdf-a.pdf

Der Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

(kurz UN-Sozialpakt) Quelle: [https://www.institut-fuer-](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICESCR/ICESCR_Pakt.pdf)

[menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICESCR/ICESCR_Pakt.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICESCR/ICESCR_Pakt.pdf)

Das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern, 1989: Quelle:

https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@normes/documents/publication/wcms_100900.pdf

Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007:

Quelle: <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERiv.pdf>

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte:

Quelle: <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/>

"Kopenhagener Abschlussdokument über die menschliche Dimension" der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 29. Juni 1990:

Quelle: <https://www.vr-elibrary.de/doi/abs/10.7767/dnrm.19891990.30.1.7?download=true&journalCode=dedo>

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten:

Quelle: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/minderheiten/minderheitenrecht/minderheitenrecht-node.html>

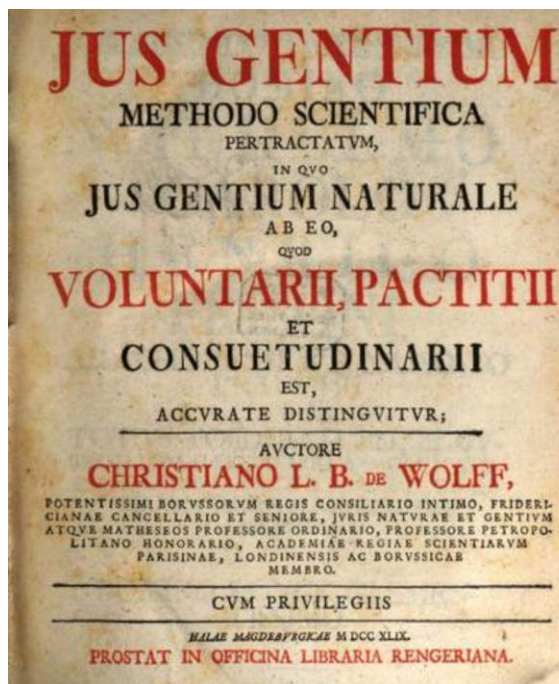
Artikel 14 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK):

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/MRK>

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 25, Art 3 Abs. 3 Satz 1

Allgemeine Hinweise zum Minderheitenschutzrecht im Völkerrecht:

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenschutz>



Völkerrecht
ius gentium

4. Das Schicksal der Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Der große Schicksalskampf um die Schöpfung Gottes!



Aus "Herr der Ringe" Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Herr_der_Ringe





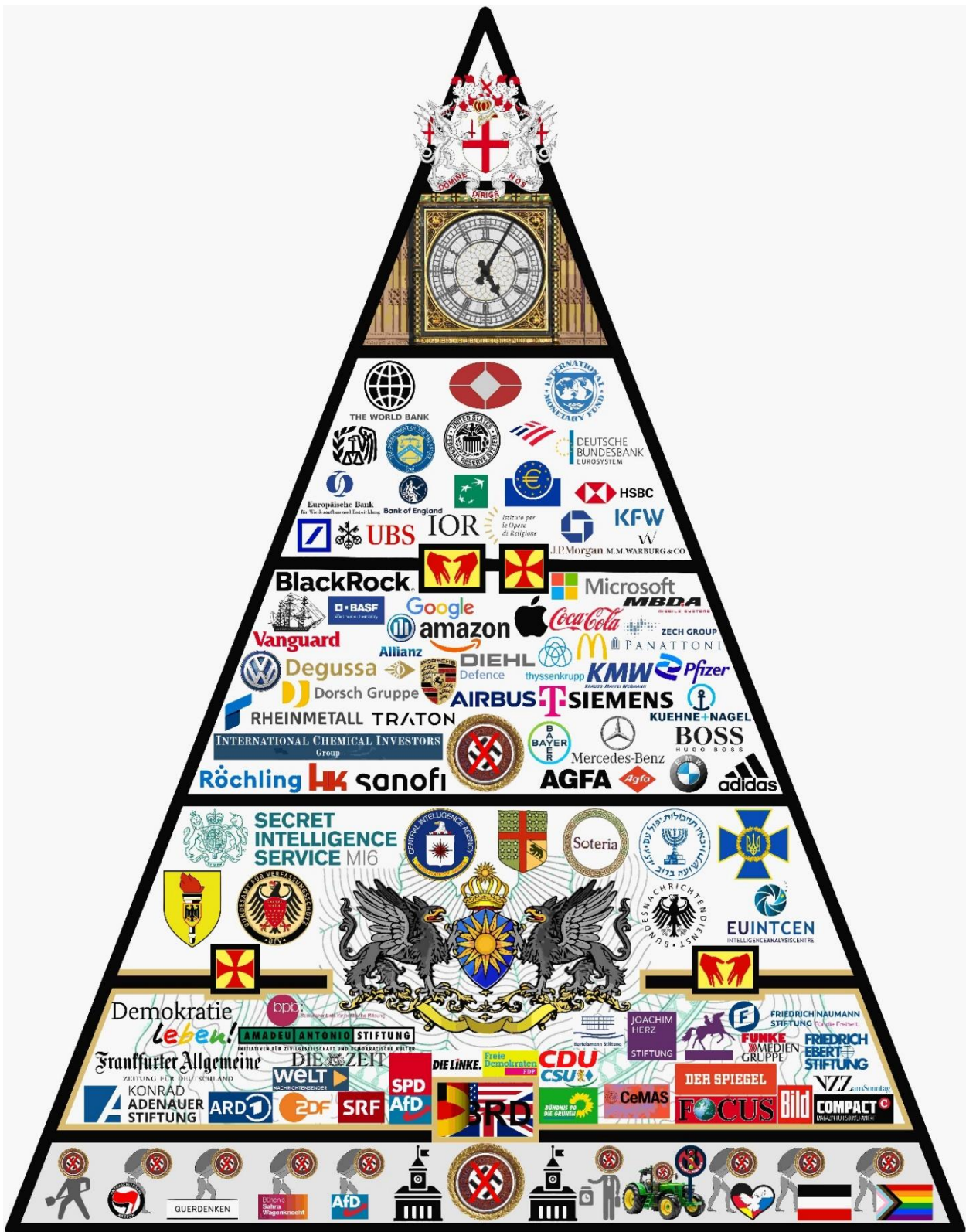
Reformer Rüdiger Hoffmann

Heimat ist ein Paradies

„Mach’s mit! Mach’s nach! Mach’s besser!“



5. Problemstellung: Die wirkliche Machtstruktur auf der Erde!



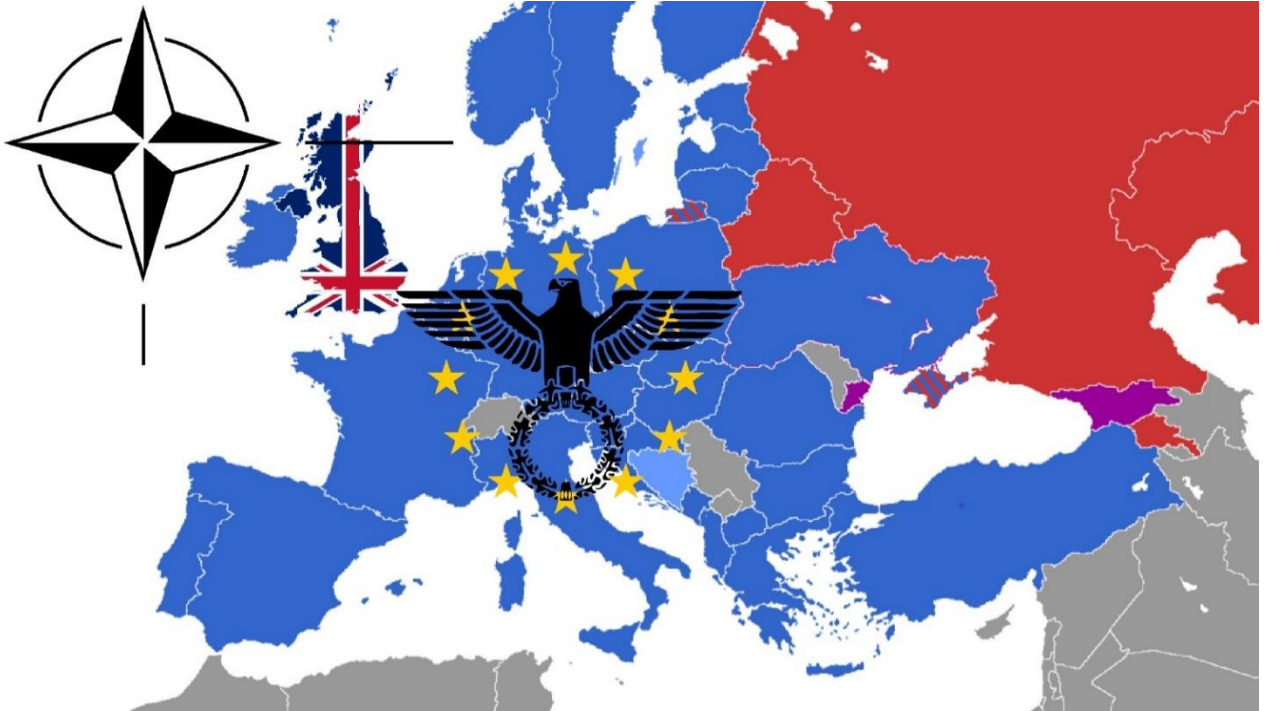
Die wirkliche Machtstruktur der BRD und International!



"Der Oberbürgermeister von London ist Bürgermeister mayorder City of London, England und der Führer der City of London Corporation. Innerhalb der Stadt hat der Oberbürgermeister precedence Vorrang vor allen Individuen außer dem Souverän[[1] und behält verschiedene traditionelle Befugnisse, Rechte und Privilegien, einschließlich des Titels und Stils The Right Honourable Lord Mayor of London." Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Lord_Mayor_of_London



Nazi-Welt-Herrschaft des faschistischen Monopol-Kapitalismus!



Walter-Hallstein-Projekt Nazi-Europa 2025 „Walter Hallstein „Mit dem gemeinsamen Markt verfolgen wir die politische Einheit Europas.“ Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.“ Zitat-Quelle: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de



Ein paar Kleinigkeiten stören Bobpilotin Laura Nolte (BSC Winterberg) bei ihren Trainingsfahrten in Cortina d'Ampezzo noch.
 © Michael Kappeler/dpa | Michael Kappeler

Vorläufiges Ergebnis:
Solange durch Russland und dessen Verbündete nicht konkret die Durchführung der völkerrechtlichen Regelung des Jalta-Potsdam-Systems auf deutschem Boden eingeleitet wird, dreht sich alles weiter nur im Todeskreis mit den vernichtenden Auswirkungen, dass die Menschen im andauernden Weltkriegszustand weiter massenhaft getötet und die Erde verwüstet wird!

6. Die universelle Problem-Lösung!



Eine wirklich positive, grundlegende Veränderung kann ausschließlich nur über die konsequente Durchführung des Potsdamer Abkommens - der Entnazifizierung und Entmilitarisierung von „Nazi-Deutschland“ und der darauf ansässigen, nazifizierten staatenlosen BRD-Bevölkerung „DEUTSCH“ von 1934 erfolgen!

Das schließt gemäß den Vorschriften über Entnazifizierung auch die endgültige Ausrottung des faschistischen Monopolkapitalismus als Nährboden des satanischen Nazismus und Militarismus mit ein!

Befreiungsgesetz! Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 139

*„Die zur **„Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“** erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“* Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html



Befreiung 2.0 - diesmal gründlich und endgültig oder die gesamte Menschheit ist für immer verloren!





Maria Sacharowa: „Deutschland wurde nicht entnazifiziert!“

Quelle: <https://odysee.com/@Dokumentationen:d/Maria-Sacharowa--Deutschland-wurde-nicht--entnazifiziert!:2>



Mahnung und Verpflichtung zugleich!

Quelle: <https://www.rbb888.de/service/gut-leben-in-berlin/ausflugstipps/das-sowjetische-ehrenmal-im-treptower-park-.html>

Die „Bundesrepublik Deutschland als „Heilige Kuh“ der Menschheit:

Die BRD ist die "Heilige Kuh" der Britten und die gesamte Menschheit wird von diesem "goldenen Kalb" zum Narren gehalten und verhöhnt.

Man muss mit dem Tanz um das "goldene Kalb" mit den Bezeichnungen "NATO", "Europäische Union" und "Bundesrepublik Deutschland" aufhören!

Diese satanischen Götzenbilder müssen nur noch zerschlagen werden!

Die völlig versklavten, körperlich und geistig kranken Deutschen können sich nicht selbst aus der faschistisch-nazistischen BRD-Gewaltherrschaft befreien.

Die Russische Föderation ist als Rechtsnachfolger der UDSSR gemäß dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 verpflichtet, ohne „Wenn und Aber“ die völkerrechtlichen Vorgaben in Bezug auf Deutschland durchzuführen!

Wer die Initiative ergreift, bestimmt das Geschehen in der Wirklichkeit!

Es ist ein entscheidender Unterschied zwischen dem theoretischen Kennen des Weges und dem praktisch-konsequenten Gehen dieses Weges, um das gemeinsame Ziel der „multipolaren Weltordnung“ in einer freien und friedlichen Welt zu erreichen.

Dazu gilt die Volksweisheit: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!“

Das bedeutet letztendlich die Rettung der göttlichen Schöpfung vor der schleichenden Vernichtung durch die Satane in Menschengestalt und deren vielen gekauften Mitläufer.

Grundsätze:

1. Der „Zweite Weltkrieg“ wurde völkerrechtlich nicht beendet und ist weiter aktiv!

Es kann keinen Weltfrieden ohne die Umsetzung des Jalta-Potsdam-Systems - der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung einschließlich der Wiederherstellung der Staatlichkeit Deutschlands und damit Europas - geben!

2. Aus Todfeinden werden niemals Freunde! Eine Waffe bleibt eine Waffe!

Das militärische Kriegsbündnis "NATO" wurde als angloamerikanische Waffe des "Kalten Krieges" gegen die UdSSR installiert.

Das Nazi-Projekt Walter-Hallstein-Plan "Europa" (die sog. „Europäische Union“) wurde als handelsrechtliches Kriegsbündnis gegen die UdSSR (Russland) installiert.

Das angloamerikanische Besatzungsregime "Bundesrepublik Deutschland", welches ebenfalls als Waffe des "Kalten Krieges" auf Deutschland gegen die UdSSR installiert wurde, kann niemals der völkerrechtliche Staat Deutschland werden.

3. HLKO-Artikel 24: „Kriegslisten sind... erlaubt!“ Eine friedliche Koexistenz ist mit den heutigen modernen Nazi-Teufeln völlig ausgeschlossen! Aus aktuellem Anlass ist der sog. „Friedensplan“ im nicht beendeten "Zweiten Weltkrieg" eine juristische Unmöglichkeit. Ein siegreicher militärischer Vormarsch darf grundsätzlich niemals gestoppt werden, damit der Feind keine Atempause bekommt, um dann früher oder später sowieso wieder anzugreifen.

4. Der Sieger bestimmt den Frieden! Der sog. „kollektive Westen“ kennt nur das tierische Recht des Stärkeren und verhält sich unzuverlässig und vertragsbrüchig! Demnach muss Russland in Form der Russischen Föderation und dessen Verbündete wirtschaftliche, politische und militärische Stärke zeigen, um die Ziele durchsetzen zu können! Daher sind konsequente Schritte auch unter eigenem Verlustrisiko zu tätigen, um den Albtraum der Menschheit eines ewigen Weltkrieges endgültig und dauerhaft zu beenden!

Die bisherige Vergangenheit beweist die Richtigkeit dieser Lehren!



Schluss machen! Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=cFy_NE2XkSs



Aufhören! Quelle: <https://www.meisterdrucke.com/kunstdrucke/German-School/110319/Die-Hure-Babylon,-aus-der-Lutherbibel,-ca.-1530.html>

Viele Millionen Opfer klagen an! Zwingende Notwendigkeiten zur generellen Problemlösung:

Aus allen aufgeführten katastrophalen Zuständen heraus muss die Entnazifizierung als "kalter Entzug" wie bei Drogenabhängigen für jeden Einzelnen durchgeführt werden.

Dazu müssen unbedingt die Versäumnisse von 1945 korrigiert werden!

Dazu zählt die sog. „Stunde „Null“ in Form kompletter Abschaltung des bisherigen kapitalistischen Systems und gleichzeitiger Zuführung jedes einzelnen BRD-Bürgers in die persönliche Verantwortung gemäß Kontrollratsdirektive 38 und weiteren Durchführungsbestimmungen der Entnazifizierung.

Ganz „Deutschland“ ist schon heute ein Lagersystem, welches nur noch umgenutzt werden muss:

Die bisher sich selbst überlassene, völlig verwaorlost-assozielle BRD-Bevölkerung muss erfasst, entsprechend der Verantwortlichkeit in entsprechende Rehabilitationszentren zur Entnazifizierung und Resozialisierung interniert werden, welche sie erst nach vollständiger persönlicher Entlastung verlassen dürfen.

Die verantwortlichen Personen der Kategorien 1 - 3 werden in entsprechenden Straflager-Systemen dauerhaft untergebracht.

Die Migranten werden in Flüchtlingslager ethnisch geordnet verbracht, sofern sie nicht zu den Kategorien 1 - 3 der Verantwortlichen gehören.

Das Leben der zu entnazifizierenden NS-Trägermasse besteht künftig aus „Lernen und Arbeiten“! Das betrifft gleichermaßen auch die Migranten bis zur Rückführung in deren Heimatländer.

Die gesamte Oberfläche wird von den freigesetzten Millionen Arbeitskräften von den satanischen BRD-Strukturen beräumt und entsprechend den deutschen Volkskulturen und Traditionen völlig neu umstrukturiert.

Die Rehabilitanden errichten in dem Zusammenhang selbstständig ihre Wohnhäuser, Handwerksbetriebe und Bauernhöfe nach den strengen Vorgaben der deutschen Baukultur. Dasselbe betrifft die Inneneinrichtung und die einhergehende künftige neue Lebensweise, welche nichts mehr mit dem sinnlosen, tristen Dasein der „BRD-Moderne“ zu tun hat. Alle entsprechenden Einzelheiten finden sich dazu im Reformprogramm für Deutschland Teil 1 und 2.



Charta der Vereinten Nationen - Übergangsbestimmungen die Sicherheit betreffend:

Artikel 106

Bis das Inkrafttreten von Sonderabkommen der in Artikel 43 bezeichneten Art den Sicherheitsrat nach seiner Auffassung befähigt, mit der Ausübung der ihm in Artikel 42 zugewiesenen Verantwortlichkeiten zu beginnen, konsultieren die Parteien der am 30. Oktober 1943 in Moskau unterzeichneten Viermächte-Erklärung und Frankreich nach Absatz 5 dieser Erklärung einander und gegebenenfalls andere Mitglieder der Vereinten Nationen, um gemeinsam alle etwa erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Namen der Organisation zu treffen.

Artikel 107

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Die Artikel 106 und 107 der UN-Charta geben den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Russische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR, den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), das Königreich Großbritannien, die Französische Republik und der Volksrepublik China das Recht, gegen die militärisch 1945 besiegten Feindstaaten Deutschland, Italien und Japan und deren Verbündete Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gemäß des Potsdamer Abkommens (Krim-Deklaration) rückgängig gemacht werden.

In dem Zusammenhang ist auch die Anwendung militärischer Gewalt gegen diese Feindstaaten zulässig. Dazu ist keine Zustimmung des UN- Sicherheitsrates erforderlich. Die alliierten Hauptsiegermächte müssen sich dazu nur gegenseitig informieren.

Die Russische Föderation kann als Rechtsnachfolger der UdSSR nötigenfalls auch militärische Gewalt gegen die Staaten anwenden, welche gegen das Potsdamer Abkommen in Europa verstoßen.

Die alliierten Siegermächte einschließlich die Hauptsiegermacht Russische Föderation (Rechtsnachfolger UdSSR) sind demnach berechtigt, auch mit militärischer Gewalt alle Versuche zu unterbinden, den Nazismus und Militarismus, speziell in dem von der Bundesrepublik Deutschland (BRD) treuhänderisch verwalteten Deutschland = das Deutsche Reich im Rechtszustand von 1937, wiederzubeleben.

Das schließt auch die mit dem faschistischen Deutschland bis 1945 verbündeten Staaten Italien, Japan, Finnland, Rumänien, Ungarn, Kroatien, im weiteren Sinne Spanien, Belgien, die Niederlande, Dänemark, die Slowakei, Albanien, die Türkei und eventuell weitere auf der Seite Deutschlands kriegsbeteiligte europäische Staaten einschließlich das bis 1945 an Deutschland angeschlossene Österreich mit ein.

Quelle: <https://www.un.org/es/about-us/un-charter/chapter-17>

Die juristische und praktische Bedeutung der Entnazifizierung!

Die für eine erfolgreiche Befreiung zwingend notwendige „Stunde Null“!

„Der Ausdruck „Stunde Null“ stammt ursprünglich aus der Planungssprache von Organisationen, klassisch des Militärs. Er bezeichnet allgemein die ausschlaggebende Uhrzeit, zu der eine neuartige Ereigniskette abzulaufen beginnt. (...)

Mit dem Schlagwort „Stunde Null“ wird gemeint, dass die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, die damit einhergehende Zerschlagung des NS-Staates und großflächige Zerstörung von Städten, Wirtschaftsbetrieben und Infrastruktur einen radikalen und vollständigen Umbruch der deutschen Gesellschaft mit sich gebracht hätte, sodass es keine Kontinuitäten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Vorgängerstaaten gegeben hätte.[3] Durch den Verlust der Selbstbestimmung des deutschen Volkes unter der Militärbesatzung ab 1945 habe auch die (alte) deutsche Gesellschaft aufgehört zu existieren, ihre alten Werte seien damals sämtlich als widerlegt empfunden worden. So habe eine Tabula-rasa-Situation geherrscht, von der ab „alles“ habe neu entwickelt werden müssen. Verschiedene Autoren kritisierten, dass diese Chance zum Neubeginn von null in den Jahren der Besatzung und der Ära Adenauer nicht genutzt worden sei: Stattdessen seien in einer Epoche der Restauration die kapitalistischen Verhältnisse, die zum Faschismus geführt hätten,[4] oder ein für die erste Jahrhunderthälfte charakteristisches „frömmelndes Christentum“ wiederhergestellt worden.[5] Dieser These ist weithin widersprochen worden. So sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 davon, dass es keine „Stunde Null“ gegeben habe, sondern lediglich einen „Neubeginn“.[6] Die Mentalität der deutschen Gesellschaft habe sich nur langsam und nur teilweise innovativ geändert. Wie der Kulturhistoriker Bernd Hüppauf betont, gab es auch in der Literaturgeschichte keine Stunde Null. Zwar betonten viele deutsche Schriftsteller das angeblich radikal Neue ihres Schreibens in der Trümmerliteratur nach 1945, doch überwogen auch hier noch die Gemeinsamkeiten mit den Jahren davor gegenüber den Unterschieden. Statt des absoluten Begriffes „Stunde Null“ solle man daher besser differenziert von Kontinuitäten und Wandel schreiben.[7] Laut der Philosophin Steffi Hobuß diene der „Mythos ‚Stunde Null‘“ dazu, die Kontinuität der Funktionsebenen von der NS-Zeit in die Bundesrepublik zu verschleiern: Das Täterkollektiv habe damit so tun wollen, „als sei nun alles anders“. (...)“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Stunde_Null

Ergebnis:

Weil es 1945 in Deutschland in der Wirklichkeit statt einer „Stunde Null“ nur eine Modernisierung des von der BRD kontinuierlich fortgeführten Nationalsozialismus gegeben hatte, konnten sich der satanische Faschismus, Nazismus und Militarismus bis heute in Europa über die monopolkapitalistische Wirtschaft völlig ungestört entfalten und letztendlich die Weltherrschaft in Form einer „regelbasierten Ordnung“ des „kollektiven Westens“ übernehmen!

Notwendigkeit:

Eine wirkliche „Stunde Null“ bedeutet im Rahmen der Entnazifizierung eine in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Reform - vergleichbar mit einer „Kulturrevolution“ mit dem Ziel der Wiederherstellung der Kulturpfeiler der Deutschen und europäischen Völker! Darum ist die konsequent-vollständige Zerschlagung des kapitalistischen, nazistischen und militaristischen BRD-Gesellschaftssystems auf allen Ebenen zwingend geboten!

Rechtsgrundlagen der Entnazifizierung:

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 139:

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt." Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GG/139.html>

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

2. August 1945 1 allgemein unter der Bezeichnung «Potsdamer Abkommen» bekannt (d. Hrsg.).

Teil III Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.** Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet: Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muss:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dies praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind: (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. (...)

Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Gräueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflussreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken. (...)

9. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden.

Zu diesem Zwecke: (...)

(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein. (...)

IX Polen (...) b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: (...) Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass **bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen** und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen. (...)

Textauszüge-Quelle: 1975 Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980

VLN 610 DDR LSV 0436 Lektor: Brigitte Schiek Einbandgestaltung: Hans Döhmel

Typografie: Rosemarie Lebek Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik

(Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP 10,00 Mark

Entsprechend der völkerrechtlich verbindlichen Beschlüsse der Alliierten Mächte vom 02.08.1945 wurde die Entnazifizierung Deutschlands = des Deutschen Reiches gesetzlich zu Wege gebracht. Zitat: „SHAEF-Gesetz Nr.1 Artikel III Allgemeine

Auslegungsvorschriften 4. Die Auslegung oder Anwendung Deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wo oder wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“ Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Jalta-Potsdam-System - das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945:

„1. Einsatz einer geeigneten Regierung für den handlungsunfähigen Staat

Deutschland - Original-Wortlaut - Zitat:

Teil II Rat der Außenminister der alliierten Mächte

„Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung (...). Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (...).

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen (...).

Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“ Quelle: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/potsdamerabkommen.pdf>

Teil IX (Teil 9):

„Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

Die Häupter der drei Regierung bekräftigen ihre Auffassung, dass **die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt** werden soll.“ Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

2. Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung:

Die hohen Ziele der Beschlüsse vom 2. August 1945 und die damit verbundene Beendigung des Kriegszustandes mit „Nazi-Deutschland“ sind bis heute in Vergessenheit geraten!

Zitat: „Das Potsdamer Abkommen enthielt als verbindliche Festlegungen vor allem: **völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges** (...) Die **konsequente Erfüllung des Potsdamer Abkommens** entsprach voll und ganz den Lebensinteressen aller Völker, darunter auch des deutschen Volkes selbst. Die konkrete Verwirklichung der Forderungen, die es mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gestellt hatte, **musste dabei Aufgabe des deutschen Volkes selbst sein**. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird vielfach die Ansicht vertreten, die weitere Entwicklung, die in der sowjetischen Besatzungszone und in den drei westlichen Besatzungszonen diametral verlaufen ist, wäre 1945 bereits vorausbestimmt gewesen. Diese These hält jedoch einer Überprüfung nicht stand. **So gab es in der ersten Zeit bis hin zum Jahre 1947 eine ganze Reihe von Gesetzen und Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates, die auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hinzielten und den Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung förderten.**“ - Quelle: ©

1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP

Quelle: https://ulis-buecherecke.ch/pdf_neben_dem_krieg/potsdamer_abkommen.pdf

Entnazifizierung bedeutet die vollständige Ausrottung des Nationalsozialismus auf allen Ebenen, insbesondere staatsrechtlich-juristisch!

Die alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ einschließlich die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR sind gemäß dem gültigen Potsdamer Abkommen Teil 1 bis 3 Deutschland verpflichtet, die Entnazifizierung der Deutschen durchzuführen!

Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung ist ein Vorgang in Bezug auf den Staat Deutschland und ein verbindlicher „politischer Grundsatz“:

Verweis - Zitat: „**Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.**“

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Original-Auszug aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland

Zitat: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und **das deutsche Volk** fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und **denen es blind gehorcht hat**, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der **Krim-Deklaration über Deutschland**.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

(...)

Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt - und zwar von jedem in seiner Besatzungszone - sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den **Deutschland als Ganzes** betreffenden Fragen. (...)

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Weitere Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland (Original-Wortlaut)

Zitat: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

(...)

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezial-mittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden. (...)

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Die Kontrollratsdirektive Nr. 24

Zitat: „**Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen**

vom 12. Januar 1946

geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch
Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK
S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch
Beschuß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der
Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955

Der Kontrollrat erläßt die folgende Direktive:

1. Zweck und Ziel

Die Dreimächte-Konferenz in Berlin stellte als Ziel der Besetzung Deutschlands unter anderem fest: Die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. **Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.**“

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

Ergebnis:

Das bis heute geltende Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (sog. "Befreiungsgesetz") als Möglichkeit für die Deutschen ihre Verantwortung zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens wahrzunehmen und bei der Entnazifizierung des eigenen Staates entscheidend mitzuwirken.

„**Als der Alliierte Kontrollrat eine Direktive zur Entnazifizierung erließ**

Das **am 5. März 1946** in der amerikanischen Zone **erlassene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ bildete den ernsthaften Versuch, die Entnazifizierung von über acht Millionen Parteimitgliedern in die Wege zu leiten** (...)

Am **12. Oktober 1946** erließen die Militärgouverneure der vier Besatzungszonen ihre **„Kontrollratsdirektive Nr. 38“**. (...)

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-als-der-alliierte-kontrollrat-eine-direktive-100.html>

Die Kontrollratsdirektive Nr. 38

Zitat: „Die Kontrollratsdirektive Nr. 38 war (IST!) eine vom Alliierten Kontrollrat am 12. Oktober 1946 erlassene Direktive zur Entnazifizierung in Deutschland. Sie betrifft laut ihrem Titel die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und die Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“.[1]

In der amerikanischen Besatzungszone galt (GILT!) bereits seit dem 5. März 1946 das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Befreiungsgesetz). Die Direktive Nr. 38 sollte nun einem einheitlichen Vorgehen in den vier Besatzungszonen dienen, insbesondere bei den Spruchkammerverfahren. Im Kern ging es darum, die im Befreiungsgesetz vorgenommene Einteilung der „Verantwortlichen“ in fünf Gruppen für alle Besatzungszonen allgemeinverbindlich zu machen.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kontrollratsdirektive_Nr._38

Kontrollratsdirektive Nr. 38 zur Entnazifizierung der Deutschen:

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946

Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

Abschnitt I

1. Zweck.

Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

- a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;**
- b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;**
- c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.**

2. Verweisungen:

- a) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (I) a;
- b) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (III);
- c) Potsdamer Abkommen, Art. 111, §5;
- d) Direktive Nr. 24 des Kontrollrats;
- e) Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II. § 3 und Art. III, § 1 und 2.

3. Das Problem und die allgemeinen Grundsätze.

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wird es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen einzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen. (...)

Abschnitt II

Artikel 1. Gruppen der Verantwortlichen. Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

- 1. Hauptschuldige;**
- 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);**
- 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);**
- 4. Mitläufer;**
- 5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind. (...)**

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Die Entnazifizierung und die Maßnahmen, jeden einzelnen Deutschen in der jeweiligen Besatzungszone in die Verantwortung zu ziehen, wurde in der westalliierten „Trizone“ ab 1949 vorsätzlich abgebrochen bzw. nicht eingeleitet!

Ab 1955 wurden die Maßnahmen zur Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen lediglich „außer Wirkung“ gesetzt, aber nicht aufgehoben!

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268) für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955 (...)" Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Diese Direktive ist zwar gültig, muss aber wieder in Wirkung gesetzt werden! Das betrifft alle Rechtsgrundlagen, wie Gesetze, Direktiven und Verordnungen zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des weiter existierenden „Nazi-Deutschlands“!

Die komplette Direktive:

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>



Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

geändert durch
Gesetz Nr. 902 vom 23. Oktober 1947 (RegBl. S. 119)
Gesetz Nr. 922 vom 29. März 1948 (RegBl. S. 58)
Gesetz Nr. 923 vom 31. März 1948 (RegBl. S. 58)

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört.

Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerlässliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.

2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.

3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.

4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.

5. Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann. Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der Anweisung Nr. 24 des Kontrollrates hält.

Das komplette Gesetz

Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/befreiungsgesetz46.htm>

Zitat Potsdamer Abkommen 2.August 1945:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.

Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

In allen vier Besatzungszonen wurden zusätzlich Beschlüsse zur Enteignung und völligen Entmachtung des faschistischen Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer angenommen. Beispiel Aufhebung faschistischer Gesetze SMAD-Befehl Nr. 79 vom 27.09.1945

Quelle: <https://www.reichsgesetzblatt.de/D/ABI-SU/1945/haupt.htm>

Quelle: https://www.gvooon.de/art/dokumente/1945/befehle-sowjetische-militaerverwaltung-deutschland-1945/pdf/befehle-sowjetische-militaerverwaltung-deutschland-1945-seite_44.pdf

Gesetz Nr. 52 s. 133-139.pdf

„MILITÄRREGIERUNG — DEUTSCHLAND

KONTROLLGEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

* Gesetz Nr. 52

SPERRE UND BEAUFSICHTIGUNG VON VERMÖGEN

ARTIKEL I

Arten von Vermögen

1. Vermögen, das direkt oder indirekt, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, unterliegt hinsichtlich Besitz und Eigentumsrecht der Beschlagnahme sowie der Weisung, der Verwaltung, der Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung:

(a) Das Deutsche Reich oder eines seiner Länder, Gaue oder Provinzen oder eine andere gleichartige politische Unterabteilung, Amtsstelle, Behörde oder Verwaltung, gemeinwirtschaftliche Nutzungsbetriebe, Unternehmungen, öffentliche Körperschaften oder Monopole, die durch das Reich, Länder, Gaue oder eine der sonstigen Verwaltungen oder Behörden der vorgenannten Art kontrolliert werden;

(b) Regierungen und Staatsangehörige sowie Einwohner von anderen Staaten, die mit einem Mitglied der Vereinten Nationen zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustande sich befanden, einschließlich Regierungen und Staatsangehörige sowie Einwohner von Staaten, deren Gebiete von einem Staate der erstgenannten Art besetzt sind;

(c) die NSDAP, deren Ämter, Abteilungen, Stellen oder Organisationen, die zur NSDAP gehören, der NSDAP angeschlossen sind oder von ihr betreut werden; deren Beamte sowie die leitenden Mitglieder oder Gönner der NSDAP, deren Namen von der Militärregierung bekanntgemacht werden;

(d) alle Personen, die von der Militärregierung in Haft genommen sind /Oder sonstwie in Verwahrung gehalten werden;

(e) alle Organisationen, Klubs oder andere Vereinigungen, die von der Militärregierung verboten oder aufgelöst sind;

(f) abwesende Eigentümer einschließlich der Regierungen der Vereinten Nationen und deren Staatsangehörige;

(g) alle anderen Personen, deren Namen in von der Militärregierung veröffentlichten Listen oder auf* andere Weise bezeichnet worden sind.

2. Der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Ausübung von Zwang verfügt worden ist, oder das dem berechtigten Eigentümer oder Besitzer unrechtmäßig, wenn auch unter dem Vorwande eines Rechtssatzes, einer gesetzlichen Verfahrensnorm oder aus einem sonstigen Grunde entzogen worden ist, oder das in Gebieten außerhalb Deutschlands geplündert oder erbeutet worden ist.

Neufassung vom 20. Juli 1945 s. unter C!“

Quelle: https://www.gvoon.de/art/dokumente/1947/recht-besatzungsmacht-deutschland-1947/pdf/recht-besatzungsmacht-deutschland-1947-seite_133.pdf



Verordnung „Deutsche Staatsangehörigkeit der NSDAP vom 5.02.1934
 Artikel 5 Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75)
 Dazu SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III

Zitat: „(...) **Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!** (...)“ - SHAEF-Gesetz_1-161 **Bundesrepublik Treuhandverwaltung in Deutschland** - Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

„**Das Potsdamer Abkommen enthält als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges,** (...)“

III Deutschland B. Wirtschaftliche Grundsätze

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Quelle: <https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627419#page/19/mode/1up>

„In allen vier Zonen wurden Beschlüsse zur Enteignung und völligen Entmachtung des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer angenommen.“

© 1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980

Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Befreiungsgesetz Artikel 139 Grundgesetz für die BRD:

Artikel 139 des **Grundgesetzes** (GG) besagt, dass die Gesetze, die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassen wurden, von den Bestimmungen des Grundgesetzes unberührt bleiben. Dies bedeutet, dass diese spezifischen Gesetze, die während der Nachkriegszeit erlassen wurden, um die NS-Zeit aufzuarbeiten und eine Wiederholung zu verhindern, weiterhin gültig sind, auch wenn sie nicht explizit im Grundgesetz erwähnt werden.

Erläuterung:

- **Hintergrund:**

Artikel 139 ist eine Übergangsbestimmung, die sicherstellen sollte, dass die Rechtsvorschriften, die zur Entnazifizierung und zur Bekämpfung des Militarismus erlassen wurden, nicht durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden.

- **Zweck:**

Ziel dieser Regelung war es, die Aufarbeitung der NS-Zeit und die Überwindung des Militarismus zu gewährleisten, indem die entsprechenden Gesetze und Verordnungen weiter galten.

- **Bedeutung:**

Artikel 139 sichert den Fortbestand von Gesetzen, die z.B. die Entlassung von Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst oder die Auflösung bestimmter Organisationen regelten.

- **Abgrenzung:**

Diese Gesetze sind von anderen Bestimmungen des Grundgesetzes zu unterscheiden, die allgemeine Regelungen für den Beamtenapparat oder andere Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen.

Beispiele:

- **Entnazifizierungsgesetze:**

Die Länder erließen Gesetze zur Entnazifizierung, die die Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und die Überprüfung ihrer Verstrickung in das NS-Regime regelten.

- **Besatzungsrecht:**

Auch Regelungen des Besatzungsrechts, die im Zusammenhang mit der Entnazifizierung erlassen wurden, bleiben durch Artikel 139 geschützt.

Aktuelle Bedeutung: Obwohl die meisten dieser Gesetze in der Zwischenzeit durch neuere Gesetze ersetzt oder angepasst wurden, hat Artikel 139 eine wichtige symbolische Bedeutung. Er erinnert daran, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit und die Überwindung des Militarismus zentrale Ziele der Nachkriegsordnung waren und dass diese Ziele durch das Grundgesetz geschützt werden.

Übersicht der KI auf Google 09.08.2025

Die praktische Durchführung der Entnazifizierung von Deutschland und dem „Deutschen Volk“ entsprechend dem Potsdamer Abkommen!

Vorwort:

Die gesamte westliche Gesellschaft befindet sich im Zustand des satanischen Chaos und der Selbstzerstörung. Die an Körper, Geist und Seele erkrankten Menschen befinden sich „satt und sauber“ in der Bundesrepublik Deutschland gehalten in einem ständigen emotionalen Stresszustand.

Die Betroffenen sind deshalb weder aufnahmefähig noch veränderungswillig.

Es wird daher eine tiefgreifende Kulturrevolution durchgeführt, welche schockartig mit einem vollständigen Stillstand der BRD-Gesellschaft eingeleitet wird.

Die allumfassenden Veränderungsprozesse erfassen jeden Bereich der Gesellschaft, jeden einzelnen Menschen einschließlich der Familienstrukturen bis in das letzte Glied.

Maßnahmen der „Stunde Null“:

Es gilt ab sofort allgemeines Fahrverbot!

Alle beweglichen und unbeweglichen Güter einschließlich Grund und Boden, Immobilien unterliegen bis zur Klärung der militärischen Beschlagnahme.

Den Anweisungen der Militärregierung ist bedingungslos Folge zu leisten.

Zu widerhandlungen werden hart bestraft und führen zusätzlich zur Herabstufung in den Kategorien der Verantwortlichen.

Sühnemaßnahmen für Nazi- und Kriegsverbrecher / Völkermörder:

1. Strafrechtliche Verantwortung der Personen der Kategorie I - Nazi- und Kriegsverbrecher/ Völkermörder der oberen Entscheidungsebene und deren Ausführungsgehilfen: Todesstrafe oder lebenslange Unterbringung im Straflager unter verschärften Bedingungen (vergleiche „Polarfuchs“).

2. Strafrechtliche Verantwortung der Personen der Kategorie II - Nazi- und Kriegsverbrecher/ Völkermörder der mittleren Entscheidungsebene und deren Ausführungsgehilfen: lebenslanges Straflager unter verschärften Bedingungen (vergleiche „Polarfuchs“).

3. Strafrechtliche Verantwortung der Personen der Kategorie III - Nazi- und Kriegsverbrecher/ Völkermörder der unteren Entscheidungsebene und deren Ausführungsgehilfen: Straflager mit einer Mindestdauer von 10 Jahren mit der Möglichkeit der Rehabilitation zur Kategorie IV

All diese Maßnahmen gelten für Kategorie IV der Verantwortlichen (Mitläufer).

Die zwischenzeitlich Entlasteten der Kategorie V helfen bei der Durchführung der Maßnahmen zur Entlastung der Zugehörigen Kategorie IV.

Migranten:

Alle Migranten, welche sich seit der Installation der BRD ab dem 23. Mai 1949 auf deutschem Gebiet aufhalten, werden in Flüchtlingslager interniert. Dort erfolgt deren Überprüfung entsprechend den Kategorien der Verantwortlichen gemäß Potsdamer Abkommen und eventueller krimineller oder terroristischer Aktivitäten in kooperativer Zusammenarbeit mit den jeweiligen Behörden ihrer Heimatländer.

Die Migranten werden nach der persönlichen Überprüfung in ihre Heimatländer zurückgeführt, sofern dort keine aktiven militärischen Konflikte herrschen. Die Migranten bleiben unter deutscher Obhut bis zur Befriedung ihrer Heimatländer.

Während dieser Zeit sind auch die internierten, erwachsenen, arbeitsfähigen Migranten zur Arbeit für die DDR verpflichtet.

Ein gesondertes Bleiberecht erhalten Migranten nur für besondere Verdienste für die Befreiung und bei integriert gelebten Misch-Ehen mit ethnischen Deutschen.

Kinder und Jugendliche:

Kinder bis zu drei Jahren bleiben bei den Eltern. Kinder bis 14 Jahren werden in Kindertagesstätten untergebracht und staatlich erzogen. Heranwachsende (Jugendliche) werden in Lagern der Freien Deutschen Jugend erzogen. Kinder und Jugendliche von Eltern der Kategorie I - Nazi- und Kriegsverbrecher / Völkermörder werden in besonderen Erziehungsanstalten untergebracht!

Zu den Personen der Kategorie IV „Mitläufer“:

„Mitläufer“, welche gegen die Anordnungen und Befehle der Militärregierung verstoßen, werden hinsichtlich der Kategorien der Verantwortlichen automatisch „abgestuft“.

Therapeutische Sühnemaßnahmen zur Entlastung für die „Mitläufer“:

In den ersten vier Wochen erfolgen die personellen Erfassungen bei den jeweiligen zuständigen Militärbehörden. Ab der fünften Woche werden die Personen der Kategorie IV entsprechend den eigenen Fähig- und Fertigkeiten in entsprechende Arbeitsmaßnahmen zugeteilt.

Geregelter Tagesablauf zur Rehabilitation der völlig verwaahlte BRD-Bevölkerung:

07:00 - 07:30 Uhr – gemeinsames Frühstück = 0,5 Std.
07:30 - 12:00 Uhr – Arbeitseinsätze 4,5 Std.
12:00 - 13:00 Uhr – gemeinsame Mittagspause 1,0 Std.
13:00 - 16:00 Uhr – Schulung (Umerziehung) 3,0 Std.
16:00 - 16:30 Uhr – Kaffeepause 0,5 Std.
16:30 - 19:00 Uhr – Arbeitseinsatz 2,5 Std.
19:00 - 20:00 Uhr – gemeinsames Abendbrot 1,0 Std.
Ab 22:00 bis 06:00 Uhr – Militärische Ausgangssperre

Begründung:

Das sog. „Deutsche Volk“ verfügt über eine über 2000-jährige blutige römische Vergangenheit. In ihrem sprichwörtlichen „Kadaver-Gehorsam“ führen die sog. „Deutschen“ einen fortlaufenden Krieg zur westlich-römischen Kolonisierung anderer Völker. In der Vergangenheit hat sich zum Beispiel nicht nur ein Holocaust ereignet!

Ein fast in Vergessenheit geratener Holocaust war die organisierte römische Inquisition in Deutschland und Europa. Dies beinhaltete das gezielt massenhaft organisierte Verbrennen von Menschen. Hinweisquelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Inquisition>

Das erfolgte wie heute auf der Grundlage der gegenseitigen Denunziation aus niederen materiellen Beweggründen.

Die Deutschen verfügen über herausragend positiv-produktive Eigenschaften - zum Beispiel Fleiß, Präzision, Zuverlässigkeit, Treue, Ordnung, Pünktlichkeit, Gründlichkeit, Effizienz und eine ausgeprägte Dienstbeflissenheit. Durch die römisch-satanische Prägung werden die Deutschen als Waffe gegen andere Völker missbraucht! Aus dieser negativen Prägung heraus haben die Deutschen kollektiv ein sog. satanisches „Nazi-Gen“ entwickelt. Dies kombiniert mit dem von der BRD besetzten, völkerrechtlich weiter existierenden „Nazi-Deutschland“ von 1937 und dem offiziell nicht beendeten „Zweiten Weltkrieg“ führt letztendlich zur Vernichtung der gesamten Menschheit, wenn diese Deutschen nicht endlich nachhaltig und allumfassend geistig entnazifiziert werden!

Aus genannten, schwerwiegenden Gründen ergibt sich die zwingend notwendige, generationsübergreifende Entnazifizierung! Das deutsche Volk wird erstmals in seiner Geschichte als Trägermasse des satanischen Faschismus, Nazismus und Militarismus endgültig unschädlich gemacht und seiner Rehabilitation zugeführt. Es handelt sich dabei um einen generationsübergreifenden Jahrhundertprozess!

Ergebnis zur Durchführung der Beschlüsse aus Potsdam und Jalta:

Durch die nicht erfolgte Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands hat sich der heutige BRD-Bürger zu einer hochgefährlichen Waffe gegen sich selbst und das gesamte Leben entwickelt.

Dabei spielt der satanische Kapitalismus als Nährboden des Nazismus und Militarismus die ausschlaggebende Rolle und wirkt wie eine Droge auf die abhängig-verklavten Menschen.

Daher muss das Jalta-Potsdam-System gründlich mit aller Konsequenz vergleichbar wie mit einem „kalten Entzug“ von Drogenabhängigen durchgeführt werden.

Die Entnazifizierung bedeutet die Beseitigung der nationalsozialistischen „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 einschließlich aller NS-Gesetze Rechtsinhalte und Auslegungen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden!

Dazu kommt die geistige Entnazifizierung und Entmilitarisierung aller BRD-Bürger durch eine generationsübergreifende demokratische Umerziehung („Reeducation“). Gleichzeitig findet eine allumfassende, tiefgründige gesellschaftliche Reform („Kulturrevolution“) mit Rückkehr in die traditionelle, wertebasierte, natürlich-göttliche Ordnung statt!

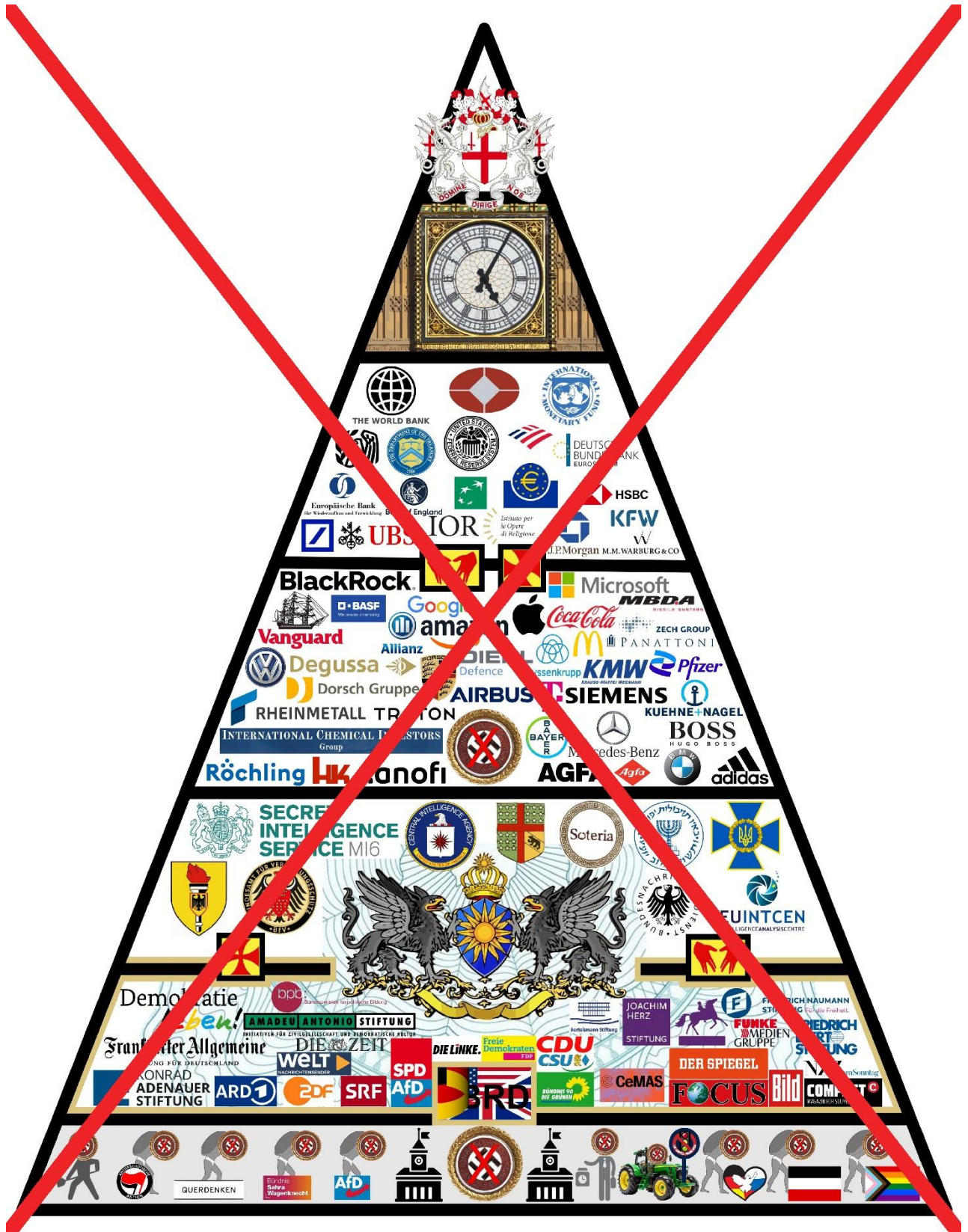
Die Demokratisierung von Deutschland bedeutet völkerrechtlich und gesellschaftlich die Errichtung der Volksherrschaft (Volksdemokratie) mittels der neuen Deutschen Demokratische Republik (DDR), die einhergehende Entnazifizierung mit konsequent endgültiger Ausrottung des Nazismus und Militarismus, die völlige Zerschlagung des faschistischen Monopolkapitalismus als den Nährboden des satanischen Nazismus, Militarismus und die Rückführung aller entwurzelten BRD-Menschen in ihre Heimat!



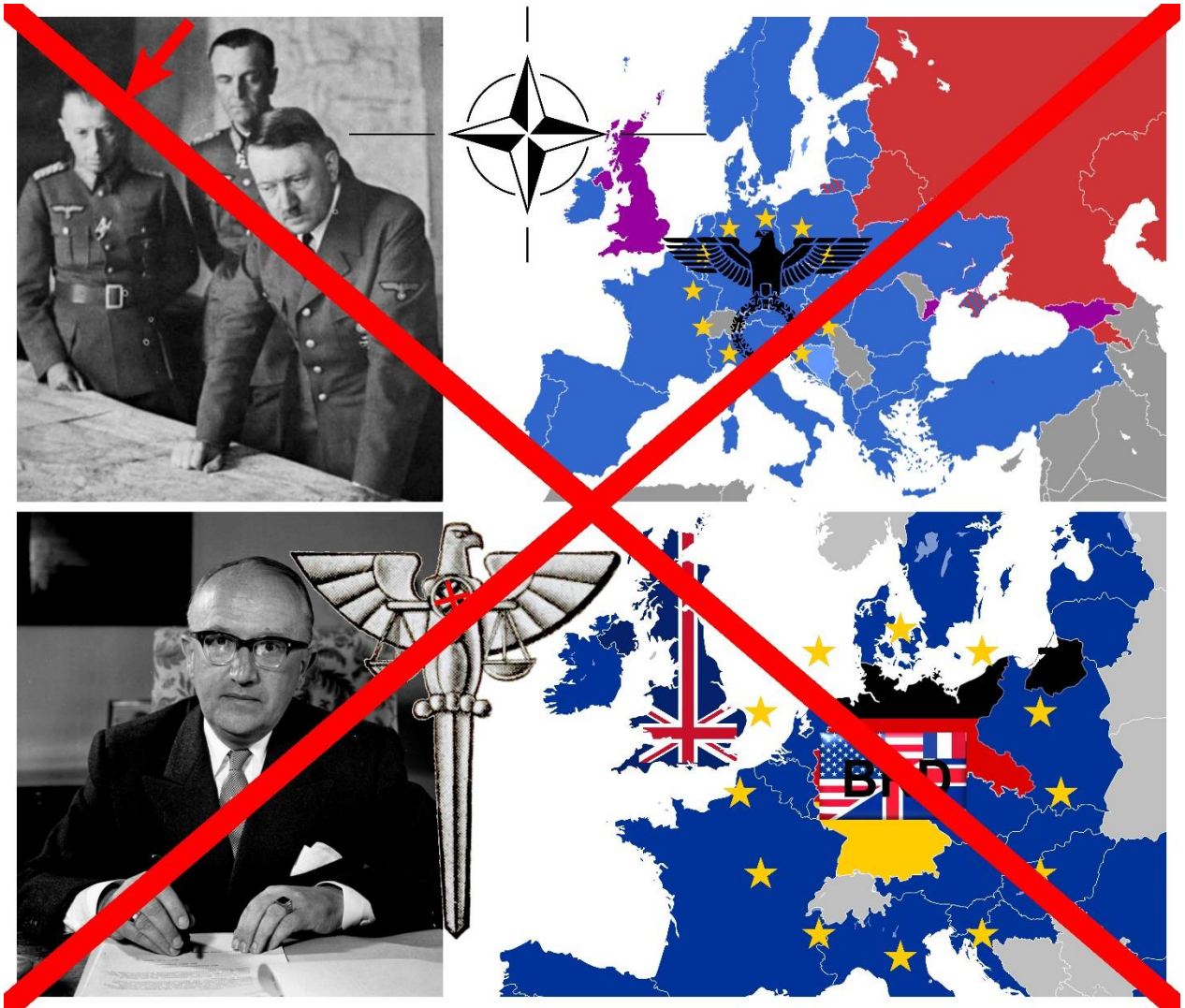
„Potsdamer Abkommen - Erkenne Dich selbst!“ („Temet Nosce“)

Das endgültige Ende der heutigen Nazi-Tyranei!

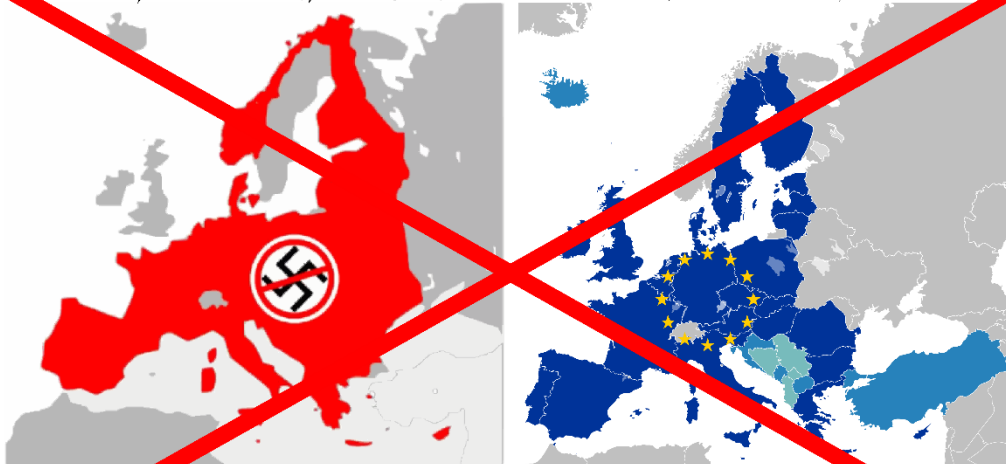




Zwingend-notwendiger Enthauptungsschlag zur Rettung der Schöpfung!



~~ein Volk, ein Reich, ein Führer ein Volk, ein Reich, ein Euro~~



~~„Wenn wir den europäischen Kontinent wirklich führen wollen (...) so dürfen wir aus verstandlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich erklären. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.“ — Werner Daitz, 1940, Denkschrift~~



Konsequente, endgültige Zerschlagung des faschistischen Monopolkapitalismus als Nährboden des satanischen Nazismus und Militarismus!

„Das Potsdamer Abkommen enthält als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, **Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges**, (...)

III Deutschland B. Wirtschaftliche Grundsätze

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Quelle: <https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627419#page/19/mode/1up>

Die Demokratisierung von Deutschland und Europa bedeutet die neue Deutsche Demokratische Republik!



1. Staatsangehörigkeit DDR mit jeweiliger Angehörigkeit in einem Land der DDR für die ethnisch-indigenen Deutschen!



Deutsche Demokratische Republik

Personenausweis



[a] Name/Surname/Nom

[b] Geburtsname/Name at birth/Nom de naissan

[a] **Mustermann**

[b] **Gabler**

Vornamen/Given names/Prénoms

Erika

Geburtstag/Date of birth/
Date de naissance

12.08.1983

Staatsangehörigkeit/Nationality/
Nationalité

**Deutsche Demokratische
Republik**

Geburtsort/Place of birth/Lieu de naissance

Potsdam

Landesangehörigkeit
Brandenburg

Gültig bis/Date of expiry/
Date d'expiration

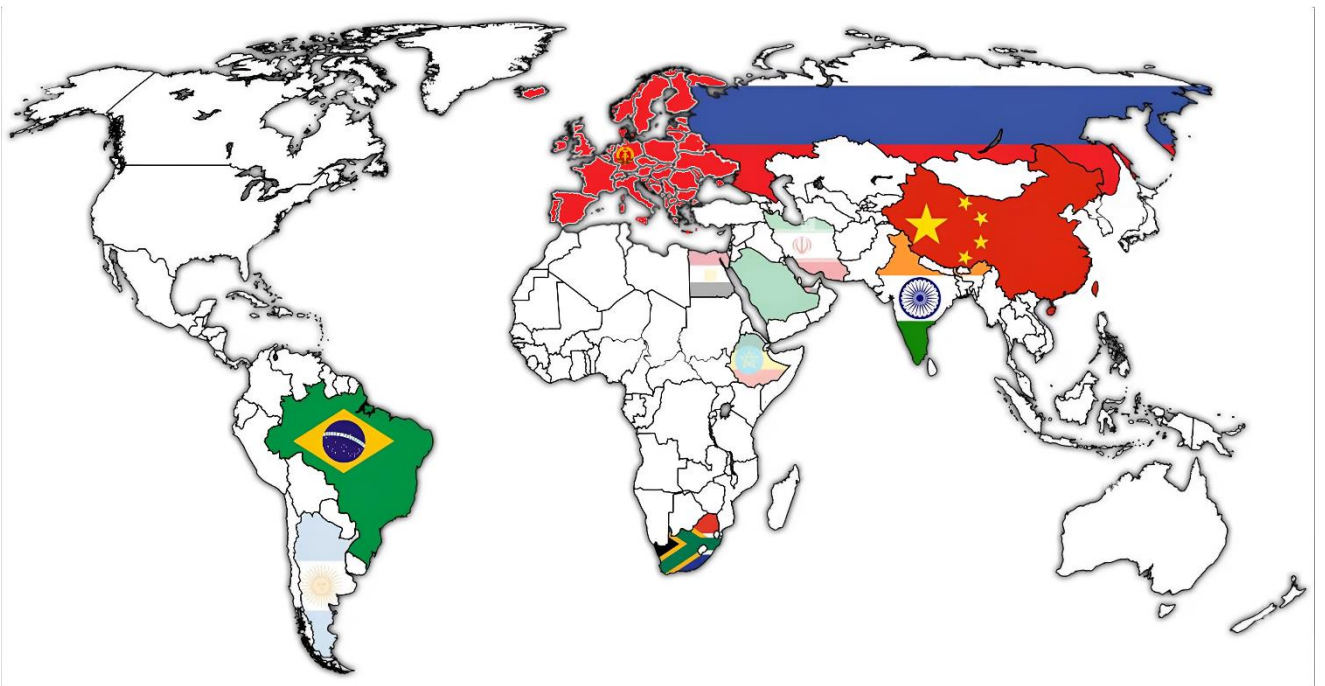
31.11.2034

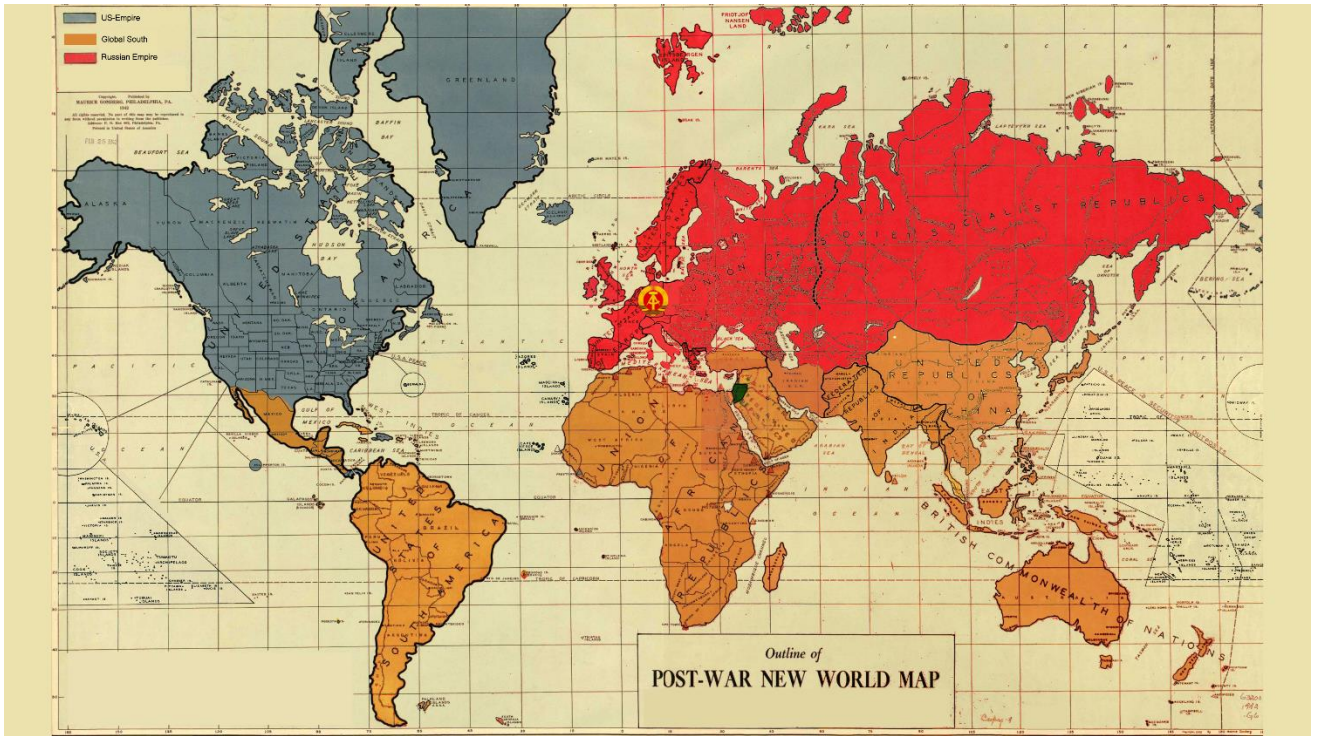
9000

2. Wiederherstellung/Reform „Kultur der Deutschen! Vergangenheit und Abstammung, Sprache und Mundarten, Traditionen: Werte, Moral, Sittlichkeit und Zugang zu Gott. Die Kultur eines Volkes fundiert immer auf vier Kulturpfeilern.“



Folge: Die Neue Welt-Ordnung des göttlichen Friedens!





Höhepunkt Militärparade in Peking: Lukaschenko, Putin, Kim Jong-Un, Aliyev, Rahmon, Tokajew in China

Die Zerstörung des alten Bösen gebiert das neue Gute!



Reformer Rüdiger Hoffmann - Heimat ist ein Paradies!



Zurück in die natürlich-göttliche Ordnung = zurück zum wahren Leben!



Natur- und Lebensfreude!





Die wirkliche Deutsch-Russische Freundschaft!



♥ Heimat ist ein Paradies ♥



Hinweise: Diese Dokumentation basiert auf dem neusten Kenntnisstand!
Der Bericht und die Analysen erfolgen stets auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen und Feldbeobachtungen in der Wirklichkeit ohne eventuelle interne Hintergrundinformationen, welche demzufolge auch nicht beachtet werden können.
Ergänzungen und Korrekturen sind aufgrund der dynamischen Prozesse und fehlender Informationen ausdrücklich vorbehalten!

Dokumentationsstand: 22. Mai 2026